

FDP / Freie Demokratische Partei -

Die Freie Demokratische Partei¹ (Kurzbezeichnung: FDP, von 1968 bis 2001 F.D.P.; Eigenbezeichnung: Freie Demokraten, bis 2015 Die Liberalen) ist eine liberale Partei in Deutschland, die im politischen Spektrum im Bereich Mitte bis Mitte-rechts eingeordnet wird.

Die FDP war 1949 bis 1956, 1961 bis 1966, 1969 bis 1998 und 2009 bis 2013 als jeweils kleinerer Koalitionspartner an der Bundesregierung beteiligt (siehe Liste der deutschen Bundesregierungen). Von 1949 bis 2013 war die Partei durchgehend im Deutschen Bundestag vertreten, 2017 zog sie wieder als Fraktion der Freien Demokraten in den Bundestag ein. Sie ist in zehn deutschen Landesparlamenten vertreten und an drei Landesregierungen beteiligt (Stand Oktober 2018). Zudem stellt sie zahlreiche Bürgermeister (darunter in Dresden, Jena, Dessau-Roßlau, Landshut und Plauen) und über 3000 weitere kommunale Mandatsträger.

11/1945 **Demokratische Partei**²

„Die demokratische Partei teilt uns mit: ... unser politisches Bekenntnis ist folgendes: „Wir glauben, dass es besser ist, uns selbst zu regieren, denn Brüderlichkeit und humanes Denken sind uns lieber als die rechthaberischen Meinungen fanatischer Toren. Am Ende aller Werte seien Menschen und Gesellschaft in Wahrheit verbunden. Die Wahrheit aber kann nur von einem freien Volk erkannt werden. Wissen und Können sind besser als blinder Gehorsam. Keine der bisher ausgeübten Regierungsformen ist so geeignet, die Masse eines Volkes zu befrieden, als die demokratische!... Nicht um zu herrschen sind wir da, sondern um zu arbeiten; nicht uns gegenseitig die Köpfe einzuschlagen, sei unsere Devise, sondern uns zu vertragen!... Wir Menschen einer aufgeklärten Zeit, so schließt unser Garmisch-Partenkirchner demokratisches Parteiprogramm (Punkt 10) wollen im versöhnlichen Geist die Fragen des täglichen Lebens gemeinsam lösen. Gewalt kann uns künftig nicht mehr zum Ziel führen, sondern nur die feste Bindung an gemeinsame Rechte und Pflichten.“

12/1945 **Programm der Demokratischen Partei** – Landkreis Garmisch-Partenkirchen:

„Staat – Kultur – Schule, Unterricht und Erziehung – Wissenschaft, Kunst und Literatur – Weltanschauung, Religion und Kirche – Volkswirtschaft“³

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Demokratische_Partei#Liberale_Parteien_nach_1945

² HB 21.11.1945

³ HB 15.12.1945

12/1945 Aus dem Parteileben – „**Die demokratische Partei in Garmisch-Partenkirchen**⁴ und dessen Landkreis wurde von der Militär-Regierung zur politischen Arbeit zugelassen... Wir Demokraten sind in der Politik keine Neulinge mehr. Männer von uns, wie Rathenau und Stresemann, waren nach dem ersten Weltkrieg auf dem besten Weg, ein freies Deutschland zu schaffen; leider fiel Rathenau durch das verruchte System fanatischer Nationalsozialisten und Stresemann starb leider vorzeitig... unsere Aufgabe sei es, in allen Fragen, die das Wohl und Weh unseres Volkes betreffen, so zu handeln, wie wir es mit unserem Gewissen vertreten können. Wir kennen hiebei keine Trennung der Gesellschaft in Schichten und Klassen, denn Gleichberechtigung aller Bürger, ob arm oder reich, ist uns das erste Gebot. Und leben und leben lassen, um friedlich arbeiten zu können, eines unserer Ziele...“

Anmeldungen nehmen entgegen:

Demokratische Partei, Landkreis Garmisch-Partenkirchen

Vorläufige Geschäftsstelle: Partnachauen 5 (Gartenhaus)

Ferner: Kaufmann Huber, Partenkirchen, Ludwigstr. 42

Georg Seybert, Friseurmeister, Garmisch, Hotel Alpenhof

Ferd. Cassardt, Laden Bahnhofstraße (Bahnhofapotheke)

weitere Anmeldestellen in Mittenwald, Klais, Krün, Wallgau, Grainau, Farchant, Oberau, Oberammergau, Unterammergau, Saulgrub, Bad Kohlgrub, Hechendorf, Ohlstadt, Eschenlohe und Ettal

„Im Namen der Förderer der „Demokratischen Partei Garmisch-Partenkirchen und dessen Landkreis - Maximilian Lang“ – Bezirksobmann LDP – Liberaldemokratische Partei

04/1946 „**Liberal sein, heißt nach Freiheit streben, gerecht und sozial denken!**“⁵

1. Gleichheit der Stände. Die freie demokratische Weltanschauung kennt weder Kapitalhass noch Arbeiterunterdrückung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen, um das Lebendige zu schaffen, Zusammenhalten; das Wohl des Volkes und sein gesichertes Einkommen verlangen Zusammenarbeiten in sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Es soll daher weder eine autoritative Oberschicht noch eine uneingeschränkte Machtbefugnis subalternen Organe geben. Keine rassistischen Gegensätze und keine faschistischen Tendenzen. Ablehnung jeglicher Diktatur.

2. Gleichberechtigung der Religionen. Religionslosigkeit leitet in der Regel den Verfall von Völkern ein. Dies lehrt die Weltgeschichte! Wer die 10 Gebote des christlichen Glaubens

⁴ HB 19.12.1945

⁵ HB 27.04.1946

nicht zu halten vermag, der schreckt, wenn es sein muss, auch vor Gewalttaten und Unterdrückung seiner Mitmenschen nicht zurück. Der Glaube, der unseren Vätern und Ahnen jahrtausendlang zu rechtem Tun verholpen hat, soll auch uns heilig sein.

3. Freiheit der Presse. Zeitungen, Bücher und Broschüren sollen der Bildung dienen und nicht das Volk durch Demagogie verhetzen! Seelenlose Uniformierung der Presse und einseitiges phrasenvolles Schrifttum lehnen wir ab.

4. Aufbau. Zerstören ist leichter als aufbauen! Diese Maxime lernen wir an uns selbst erkennen! Nur eine gewissenlose Katastrophenpolitik, die nahezu an Nihilismus grenzt, konnte solch einen Krieg, wie es der letzte war, propagieren. Die Städte sind zerstört, das Volk aber lebt! Und dieses Volk will, dass man ihm aufbaue, was man ihm zerstört hat: seine Wohnungen und Existenzen!“

04/1946 **LDP und Kreistagswahl**⁶

„Die Liberal-Demokratische Partei im Landkreis Garmisch-Partenkirchen hatte am vergangenen Samstag im „Bayernstüberl“ eine öffentliche Versammlung. Es sprach Bezirksobmann Maximilian Lang über die Kreistagswahl, er kam dabei auch auf die gegenwärtige politische Situation zu sprechen. Er führte u. a. aus, dass die zusammengeballte Masse des deutschen Volkes auf wesentlich verengtem Raum lebens- und existenzfähig erhalten bleiben muss. Ein Ausweg aus den sich türmenden Schwierigkeiten bietet nur der Schutz und die Förderung aller schaffenden Arbeit, wobei die Entfaltung der Privatinitiative und die Sicherung des privaten Eigentumsbegriffes sorgsam in Betracht gezogen wird. Der Staat ruht in seinem Fundament auf den breiten Schichten der Arbeiter — dieser im weitesten Sinne begriffen — und der bäuerlichen Schicht unseres Landvolkes. Der Begriff des Klassenkampfes habe in einer deutschen Zukunft keinen Raum mehr, denn nur das Gemeinschaftswirken aller Stände verhelpe zu einer besseren Zukunft. Über die Kreistagswahlen berichtete Lang, dass alles unternommen werde, um der demokratischen Idee zum Erfolg zu verhelfen. Die Ausführungen des Bezirksobmannes fanden in der Versammlung lebhaftesten Beifall.

Anschließend erklärte Dr. Piper, der Spitzenkandidat für die Wahlen zum Kreistag die technischen Bestimmungen der Wahlordnung, ferner umriss er einige Ziele des kommenden Kreistages. Vom Obmann wurde ein Brief des Reichsverbandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Herrn Lieutenant, Berlin, welchen derselbe an die hiesige Bezirksgruppe richtete, verlesen.

⁶ HB 12.04.1946

Die Versammlungsteilnehmer hatten einen starken Eindruck von der Intensivität und verantwortungsbewussten Ernsthaftigkeit, mit der die, Liberal-Demokratische Partei im Landkreis Garmisch-Partenkirchen am Werke ist, ihren Platz im Rahmen der demokratischen Erneuerung Deutschlands zu erhalten.“

04/1946 **FDP – Ein freier Demokrat**⁷

„Ein Mann von demokratischem Denken, der das vergangene Regime ehrlich gehasst hat, das ist der 1. Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei von Garmisch-Partenkirchen und seines Landkreises - Herr **Maximilian Lang**. Nach erfolgreichen Gemeinde- und Kreistagswahlen gilt es nun die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung für den Bayerischen Landtag vorzubereiten. Er wurde am 30. Mai 1946 auf dem Parteitag der Freien Demokraten in Nürnberg zum Delegierten von der Vorstandschaft in geheimer Wahl gewählt.

Maximilian Lang ist im Werdenfelser Land kein Fremder. Als Garmischer kennt er die Belange seiner Heimat u. deren Bevölkerung. Er kennt das Werdenfelser Land noch aus der Zeit, als nach Garmisch-Partenkirchen noch keine Bahn ging, und es noch kein Kurort war. Lang war bis 1933 Mitglied der SPD; er hat von jeher aus innerer Überzeugung demokratisch gedacht und demokratisch gehandelt. Aus seinem sozialen Wirken heraus hat er nach dem ersten Weltkrieg die schöne Siedlung der Partnachauen geschaffen. Er hat den Uferschutz der Partnachauen sowie die Straßenanlagen in diesem Gelände finanziert und arrangiert dadurch, dass er die heute noch weithin bekannten Partnachauenfeste ins Leben rief. Mit seinen 65 Jahren ist Lang äußerst tatkräftig und ein Vorbild für unsere junge Generation. Durch seine Überseereisen in jungen Jahren sammelte er sich reiche Lebenserfahrungen und eine gesunde demokratische Weltanschauung.

Der Landesparteitag der Freien Demokraten in Nürnberg hat den Zusammenschluss aller „Freien Demokraten“ herbeigeführt. Zu gleicher Zeit wurde Lang als Kandidat für die Verfassunggebende Versammlung des Bayer. Landtages für die Kreise Garmisch-Partenkirchen, Schongau und Landsberg a. Lech aufgestellt.

Die Freie Demokratische Partei (ehern. Liberale Demokraten) von Garmisch-Partenkirchen und dessen Landkreis begann im Herbst, vorigen Jahres ihre Arbeit mit dem Bewusstsein, dass die freie Demokratie die einzige Grundlage ist, die uns einen Wiederaufbau ermöglichen kann. Grundsatz der Partei ist nicht Klassenkampf, sondern Klassenausgleich und Zusammenarbeit aller Stände. Wir Demokraten süddeutscher Prägung, so sagte uns Herr

⁷ HB 26.04.1946

Lang, sind für ein geeintes Deutschland. Für uns gibt es keinen Partikularismus oder gar Separatismus. Wir treten ein auch für den nordischen und übrigen Teil Deutschlands, denn nicht das Ruhrgebiet allein, sondern auch der deutsche Osten ist für uns deutsches Vaterland.

Es waren zunächst nur wenige Männer, die mit dem Aufbau der Partei begonnen haben, dann wurden es mehrere. Dann kamen die Gemeindewahlen, bei denen hier im Kreis zwei Kandidaten als Gemeinderäte gewählt wurden; die Kreistagswahlen brachten ebenfalls zwei Kreisräte.

Wir hoffen, dass auch bei diesen Wahlen ersprießliche Arbeit geleistet und dementsprechend der gewünschte Erfolg erreicht wird. Wir sind überzeugt, dass Lang es versteht, die Interessen der von ihm vertretenen obigen Landkreise aufs Beste wahrzunehmen.“ Ch.

Demokratische Kandidaturen:

Als Landespartei in Bayern am 15. Mai 46 von der Militärregierung genehmigt, tritt die „Freie Demokratische Partei“ in sämtlichen 180 bayerischen Stimmkreisen mit eigenen Kandidaten in die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946 ein. Für die Stimmkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg und Schongau kandidiert Herr Stadtrat Max Lang aus Garmisch. Für die Stimmkreise Weilheim, Wolfratshausen, Bad Aibling, Miesbach, Bad Tölz und München Herr Baptist Estenfelder, Steuerhelfer aus Murnau.

1946 FDP – Die Mitte – Kommentar von Dr. A. Hildenbrand, Bad Tölz⁸

„Die Sozialdemokratie hat sich 1933, wenn auch nicht tapfer, so doch gerinnungstreu bis zum letzten gehalten. Sie konnte den Zusammenbruch der Demokratie nicht verhindern. Wäre sie noch stärker gewesen, hätte sie ihn auch nicht verhindern können. Denn als proletarische Klassenpartei war sie auf sich allein gestellt. Im sogenannten Bürgertum aber - soweit es nicht schon mit fliegenden Fahnen zu den Nazis übergegangen war, stand ihr ein ebenbürtiger Partner nicht zur Seite. Was sich damals noch politische Mitte nannte, war ein Haufen instinktloser Interessentengruppen oder konfessionell, aber nicht politisch gebundener Spießler. Was die deutsche Demokratie damals gebraucht hätte, wäre eine starke Mitte gewesen, die zusammen mit der Sozialdemokratie dem Ansturm der vereinten Militaristen und Nationalsozialisten Widerstand geleistet hätte.

Eine starke Mitte, von echtem politischem Willen beseelt, nicht in engstirnigem Wirtschafts-egoismus befangen, ist es, was eine junge Demokratie mit hochgehenden politischen Lei-

⁸ HB 1946

enschaften in der Stunde der Not braucht. Mag ein Zweiparteiensystem in der einen oder anderen alten, bewährten Demokratie Hervorragendes leisten, in einem Volke, das unter den ungünstigsten Verhältnissen seiner Geschichte die Demokratie als Geschenk der Sieger erhalten hat, ist nichts notwendiger als eine starke ausgleichende Mitte. Sie ist es, die trotz aller Leidenschaft auf der Linken und auf der Rechten die Kraft haben muss, den Blick aufs Ganze zu wenden. Sie ist es, die das geistige Auseinanderbrechen des Volkes in zwei sich feindselig gegenüberstehenden Hälften zu verhindern hat. Pfeiler links und Pfeiler rechts können tragen, aber nicht stützen. Noch lange aber wird die deutsche Demokratie nicht aus so zähem Stahle sein, dass sie kühn in weitschwingendem Bogen, gestützt auf einen Pfeiler ganz links und einen Pfeiler ganz rechts den Abgrund überbrücken könnte; noch lange wird sie der Stütze in der Mitte bedürfen. Die Forderung nach der starken Mitte enthält das Grundproblem der jungen Demokratie. Die Stärke der Mitte muss zahlenmäßig gegeben sein. Sie kann aber nicht nur in der Zahl liegen. Diese Stärke der Mitte muss auch in der klaren politischen Linie begründet sein. Eine Mitte, die glaubt vom „so- wohl-als auch“ leben zu können, ist nicht tragkräftig.

Eine Richtung, die unter dem alles deckenden Mantel einer weltumspannenden Konfession den Märtyrer des Friedensgedankens, Matthias Erzberger, ebenso in sich Schloss wie den Verräter der Freiheit und Kriegsverbrecher Franz von Papen, konnte schon in der Weimarer Republik die geistige Grundlage der Mitte nicht sein. Noch weniger konnten das alle jene Gruppen, die glaubten, teils die Wirtschaft im Allgemeinen ohne Politik, teils die Wirtschaftsinteressen irgendeiner Einzelgruppe zur Richtschnur ihres Handelns machen zu können. Politik ist selten ein erfreulich Ding. Aber Politik ist notwendig; denn Politik ist Schicksal. Es glaube keiner, er könne eine Wirtschaft auf bauen ohne Staat, ohne Politik; es glaube keiner, er könne die Wirtschaft überhaupt in Gegensatz stellen zur Politik; denn die Politik ist Voraussetzung oder Zerstörerin der Wirtschaft — je nachdem sie eine gute oder schlechte ist. Wirtschaft ohne Politik ist Blut ohne Herz; oder, wenn das besser gefällt, Herz ohne Blut. Das eine kann nicht sein ohne das andere. Auch Wirtschaft kann also nicht den tragenden geistigen Gehalt der Mitte abgeben.

Propheten rechts, Propheten links — das Leben einer Demokratie und darüber hinaus das Leben eines Volkes hängt davon ab, ob der Geist der Freiheit das Ganze trägt. Unfreiheit erstickt die Wirtschaft, Unfreiheit erdrosselt den Geist, Unfreiheit ist der Tod nationaler Existenz. Freiheit aber ist pulsierende Kraft der Wirtschaft, ist erste Voraussetzung geistigen Lebens. Nur Freiheit kann auch der tragende Gedanke jener starken Mitte sein, deren das deutsche Volk so notwendig bedarf. Diese Mitte zu schaffen ist das Ziel der Freien Demokratischen Partei.“

Dr. A. Hildenbrand, Bad Tölz.

05/1947 **FDP: „Demokratie um jeden Preis“**⁹

In einer Großkundgebung der FDP sprach im Festsaal der stellvertretende Landesvorsitzende der FDP in Bayern, Landtagsabgeordneter **Otto Bezold**. Er betonte, dass es uns niemals gelingen würde, der Trümmer des Schreckens Herr zu werden, wenn wir in uns nicht selbst das Gefühl der Zusammengehörigkeit verstärkten. Eine Demokratie, wie sie sein sollte, bestünde hegte ebenso wenig wie ein Deutschland, wie wir es uns erträumten. Demokratie wäre keine Staatsform für Sklaven, sondern setze voraus, dass sich der einzelne nicht als Untertan zu fühlen brauche. Die Freien Demokraten ständen auf dem Standpunkt, dass der einzelne Mensch frei sein müsse, weil jede andere Entwicklung in das gleiche geschichtliche Unglück des vergangenen Regimes führen würde.

Im weiteren Verlauf seines Referates griff Bezold die Schaffung einer Koalitionsregierung an. „Es sind billige Worte“, sagte er, „dass sich zwei vereinigen müssen, die politisch anderer Meinung sind. Es ist nicht schön, der Bildung einer Regierung zuzusehen, wenn man das Gefühl haben muss, es handelt, sich darum, wer die einzelnen Ministersessel bekommen wird.“ Es wäre ihm bis heute noch nicht gelungen, so erklärte der Redner, herauszuidividieren, wo die Verantwortung liegt, wenn in einem Ministerium der Minister von der SPD und der Sekretär von der CSU sei. Es wäre notwendig, eine klare Linie der Verantwortlichkeit zu ziehen.

„Die Presse ist der Atem der Demokratie“, hob Bezold hervor. Ohne ihre Hilfe, ohne Kritik, ohne ihre wachsamen Augen u. Ohren wird es nicht möglich sein, eine wahre Demokratie zu schaffen. Bezold Schloss mit der Feststellung, dass man nicht nur in der Regierung dem Staat helfen könne, sondern dass auch genauso notwendig die Kritik und Opposition sei. Und deshalb: Nicht Koalition um jeden Preis, sondern Demokratie um jeden Preis.'

Der Vorsitzende der Jungdemokratischen Arbeitsgemeinschaft München, Landtagsabgeordneter Georg Franz Stiller, begann sein Referat mit einer scharfen Kritik an Pastor Niemöller. Er bezeichnete ihn als politischen, in der Welt herumreisenden Geschäftemacher, und es sei nicht notwendig, so sagte er, dass eigene Deutsche die Deutschen mit Schuld überhäufeten. Ferner forderte Stiller, dass „sich die aus Polen verschleppten Personen raschestens in den Arbeitsprozess einordnen. Es gehe unmöglich an, dass Teile dieser Kreise unseren Leuten den Schwarzhandel Vorleben.“ Ferner betonte Herr Stiller, dass nicht allein die Demontage an dem Tiefstand unserer Wirtschaft schuld sei. Eine kluge Staatsführung hätte ihr Augenmerk darauf richten müssen, einen Mittelweg zwischen Staatsbewirtschaftung und Privatini-

⁹ HB 03.05.1947

tiative zu finden. Unser heutiger Staat verfüge über einen Beamtenapparat, wie er zur Zeit unserer höchsten Produktion nicht bestanden hätte. Die staatliche Planwirtschaft wäre eine Diktatur und Versklavung nach dem Muster der DAF und würde zur Versumpfung der deutschen Wirtschaft führen. Ferner behauptete Stiller, „die veraltete Wirtschaftslehre von Marx beruht auf einem fundamentalen Irrtum.“ Das Verkehrsministerium unterzog der Redner einer scharfen Kritik. Noch heute würden Leute dort sein, die sich als ehemalige Fahrbereitschaftsleiter draußen auf ihrem Posten nicht mehr halten konnten, weil aufkam, dass hunderte Autos „verschwanden“. Der Regierung warf er vor, dass ihr teilweise der Mut fehle, der Besatzungsmacht klar zu sagen, wo den Deutschen der Schuh drücke. Sein Vortrag gipfelte in den Worten: „Vernichtet den Nazismus, aber rettet das deutsche Volk!“

11/1950 **FDP-Kandidaten stellen sich vor**¹⁰

Garmisch-Partenkirchen. In einer Wahlversammlung der Freien Demokratischen Partei stellten sich am Donnerstagabend im Rassensaal die Landtagskandidaten unseres Wahlkreises, Dr. Piper und Dr. Rowley, der Wählerschaft Partenkirchens vor. Wie wir erfahren, plant die FDP auch im Ortsteil Garmisch noch eine Wahlversammlung.

Dr. Piper ging in seinen Ausführungen auf den Begriff der Persönlichkeitswahl ein, auf Grund deren er sich verpflichtet fühle, sich der Wählerschaft vorzustellen. Er sei seit zwölf Jahren in Garmisch-Partenkirchen ansässig und durch seine Tätigkeit im Gemeinderat, im Kreistag und Kreisausschuss sowie durch umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit bereits seit langer Zeit in Verbindung mit seinen Mitbürgern. Wirtschaftlich sei er unabhängig und verfüge daher über die notwendige freie Zeit, um sich den Problemen des Landkreises, insbesondere des Fremdenverkehrs, des Wohnraum- und Flüchtlingsproblems, annehmen zu können. Auch die Sorgen der bäuerlichen Bevölkerung seien ihm bekannt, da er selbst auf dem Lande aufgewachsen sei. Seit 1906 sei er in Süddeutschland als Jurist in der freien Wirtschaft tätig gewesen. Auf die Wahlpropaganda der anderen Parteien eingehend, meinte der Redner, dass es die FDP nicht nötig habe, einen „starken Mann“ vorzuschieben, da seine Partei der Ansicht sei, die Wähler sollten besonders den Heimatkandidaten unter die Lupe nehmen. „Wir brauchen keine routinierten Schwätzer, sondern Arbeiternaturen im reinsten Sinne des Wortes“, rief Dr. Piper aus und meinte, dass es der FDP vor allem um saubere Menschen als Volksvertreter gehe, da bereits viele Unwürdige hochgetragen worden seien. Außerdem habe er kein Verständnis für eine Zersplitterung, wie sie z. B. durch eine Flüchtlingspartei eintrete, Er selbst kenne die Flüchtlingsprobleme nur zu gut.

¹⁰ GPT 11.11.1950

Die FDP diene keiner Klasse und keiner Schicht, nur durch Freiheit könne unser Volk frei von Schuld, frei — von den Folgen der Niederlage und durch freie Wirtschaft auch frei von Not werden.

Auch Dr. Rowley, ebenfalls Landtagskandidat des Wahlkreises Garmisch-Partenkirchen und Bad Tölz, stellte sich als gebürtiger Süddeutscher vor. Nach seinem Medizinstudium habe er sich 1921 als Arzt und Zahnarzt in München niedergelassen, wo er dreimal ausgebombt worden sei. Nach 1945 sei er in die Vorstandschaft des zahnärztlichen Bezirksvereins München-Oberbayern berufen worden, dessen Vorsitz er seit 1947 führt. Er vertrat die Ansicht, wenn bisher noch nicht alles erreicht worden sei, so liege das nicht am Volk, sondern an dessen Vertretern, die sich, nachdem sie einmal gewählt worden waren, nicht mehr weiter um ihre Wähler gekümmert haben. Sein Programm sehe in den Hauptzügen eine Ausschaltung der Entnazifizierungsfolgen, Gleichberechtigung aller Bürger und Zusammenarbeit mit allen Teilen des Volkes vor.

Auf die Frauenarbeit in der FDP ging Frau Gieseler ein, die erklärte, dass 66 Prozent aller Wähler Frauen seien, und daher die Frau das Recht habe, im Landtag vertreten zu sein. Es sei Aufgabe der Volksvertreterinnen, die Schäden des Krieges auszugleichen. Das vom Herzen ausgehende weibliche Gefühl müsse auch in die Politik getragen werden.

In der gewährten freien Aussprache gab ein Wähler zum Ausdruck, dass er zur FDP gestoßen sei, da er glaube, dass sie die Partei sei, die sich bisher am saubersten gehalten habe.

03/1952 **Landratskandidat Dr. Piper stellt sich vor**¹¹

Garmisch-Partenkirchen. Die Gemeinderats- und Kreistagskandidaten der FDP stellten sich am Donnerstagabend im „Bayernstüberl“ in einer ersten Wahlversammlung vor. Wie **Dr. Piper** erklärte, sollen in den nächsten 14 Tagen noch zwei derartige Versammlungen abgehalten werden, in denen die Wähler über die bisherige Arbeit und die Ziele der FDP informiert werden sollen.

„Uns geht es um die unmittelbare Demokratie, in der den Bürgern ein Höchstmaß von Rechten zusteht“, führte der FDP-Landtagsabgeordnete **Dr. Haas** aus, der sich gegen die Form der repräsentativen Demokratie aussprach, in der wichtige Entscheidungen nicht direkt vom Volk, sondern nur indirekt durch die von ihm gewählten Vertreter getroffen werden. Dr. Haas kommentierte dann eine Reihe von Bestimmungen, die in der neuen Gemeindeordnung»

¹¹ GPT 15.03.1952

enthalten sind, und bezeichnete diese Gemeindeordnung als das wichtigste Gesetz, das der Landtag bisher verabschiedet habe.

„Wählen heißt, sich entscheiden, und entscheiden kann sich der Wähler nur, wenn er die Kandidaten, die sich für die öffentlichen Aufgaben zur Verfügung stellen, und den Rahmen ihrer Wirkungsmöglichkeiten kennt“, erklärte Dr. Piper. Das Vertrauen sei die einzige Basis für die Wahlen, betonte er und wies darauf hin, dass die Auswahl der Kandidaten einen Querschnitt durch alle Berufe und Schichten der Bevölkerung darstelle. In eigener Sache erklärte Dr. Piper: „Meine Kandidatur ist nicht auf ein Geltungsbedürfnis meiner Partei oder meiner Person zurückzuführen.“ Er berichtete über seine bisherige Tätigkeit im Landkreis und sagte, der Fremdenverkehr ebenso wie die Förderung des Handwerks, des Handels und des Gewerbes liege ihm besonders am Herzen. Es sei zu bedauern, dass eine Anzahl von Interessengruppen versuche, eine Zersplitterung der Wählerschaft wie vor 1933 zu fördern. Es sei ein Irrtum, wenn man glaube, man könne auf Kosten der Gemeinschaft für sich Vorteile herauschinden. Wer nicht für die Zukunft wirken will, sei in der Kommunalpolitik fehl am Platze. Besonders betonte Piper, dass seine Kandidatur keine Kritik an der Arbeit oder an der Person von Landrat Renk sei.

Diplom-Ingenieur **Möslein** ging in seinen Ausführungen vom „Ohne-mich-Standpunkt“ aus, der auf keinen Fall richtig sei, da man sich durch ihn des Rechtes der Kritik beraube. Im Übrigen sei dieser Standpunkt ein politischer Selbstmord. Er streifte die ideologischen Grundgedanken der übrigen politischen Parteien und betonte, dass die FDP im besten Sinne gleichermaßen sozial, christlich und heimatpflegerisch eingestellt sei. Als wichtigste lokale Aufgabe bezeichnete er die Förderung des Fremdenverkehrs, über den jedoch nicht ausschließlich der Wintersport dominieren dürfe. Eine Rundfrage habe ergeben, dass die Umsätze des mit dem Fremdenverkehr zusammenarbeitenden Gewerbes im Winter nur etwa ein Drittel, im Sommer jedoch zwei Drittel ausmache. Daraus müssten auch die Konsequenzen für die Werbung, für den Wohnraumbewirtschaftung und eine Reihe anderer kommunaler Probleme gezogen werden. Eine große Sorge sei ferner, wie man die echten Arbeitslosen der Marktgemeinde wieder in den Arbeitsprozess einreihen könnte. Weder die Hotellerie noch das Kleingewerbe sei in der Lage, mehr Arbeitskräfte unterzubringen, - daher müsste man sich ernsthaft überlegen, wie man eine Heimindustrie ins Leben rufen könne, mit der nicht zuletzt auch die Heimatvertriebenen eine feste Existenz fänden.

»Die Frau gehört heute keineswegs mehr an den Kochtopf allein“, erklärte **Frau Kotusch**, die sich für die politische Aktivität der Frau einsetzte. Das harmonische Zusammenwirken von Gefühl und Verstand sei in der Politik notwendiger denn je. — Eine Lanze für die Jugend will **Herr Panholzer** mit seiner Kandidatur brechen. Sie müsse endlich aufwachen und wieder zur politischen Geltung kommen, damit es nicht eines Tages an einem politisch verant-

wortungsvollen Nachwuchs fehle. — Die Mangelware Anstand muss in unseren Kreisen wieder Geltung finden“, forderte **von Sigriz**, der es sich zum Ziel gesetzt hat, gegen die direkte und indirekte Korruption im Gemeinwesen zu kämpfen. Er riet den Wahlberechtigten, sich eingehend mit der Technik der Wahl vertraut zu machen, da bereits kleine Fehler die Stimmabgabe ungültig machen können.

Im Rahmen der Diskussion, die trotz aller Lebhaftigkeit ziemlich sachlich blieb, wurde scharfe Kritik an der Handhabung der Wohnraumbewirtschaftung, der Flüchtlingsfrage und des Arbeitslosenproblems geübt.

04/1953 „**Die große Chance liegt in einem vereinten Europa**“¹² - FDP nimmt vor ehemaligen Soldaten zu aktuellen Themen Stellung

Garmisch-Partenkirchen. Am Mittwochabend hatte der deutsche Soldatenbund im Verein mit dem Bund der Heimkehrer und der Kameradschaft ehemaliger Gebirgstruppen zu einer Veranstaltung im Rassenaal eingeladen, in der als Gastredner **Landtagsmitglied Hans-Joachim Hadasch (FDP)** und **Oberstleutnant a. D. Stueckler** sprachen. Der Abend wurde im Rahmen des Vorhabens des hiesigen Soldatenbundes durchgeführt, namhafte Vertreter aller Parteien zu den aktuellen Soldatenfragen Stellung nehmen zu lassen. Die **Kapelle Hübner, ehemalige Regimentskapelle des seinerzeitigen Gebirgsartillerie-Regiments 79**, sorgte für den musikalischen Rahmen.

Oberst a. D. Niedermeier dankte in herzlichen Worten den so zahlreich Erschienenen für ihren Besuch und begrüßte die beiden Vortragenden. Er führte u. a. aus, wie wichtig es sei, einen gemeinsamen Weg zu gehen, und zitierte Worte des Bundesinnenministers Lehr und des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Mellies, die darin gipfelten, dass kein demokratischer Staat auf die hohen Werte eines deutschen Soldatentums verzichten könne, aber es werde erwartet, dass die ehemaligen deutschen Soldaten sich positiv zum deutschen, demokratischen Staat stellen und ihrerseits am Auf- und Ausbau mitarbeiten. Aus diesen Gründen habe sich die hiesige Kreisgemeinschaft entschlossen, alle staatsaufbauenden Parteien zu Wort kommen zu lassen, die im Laufe dieses Sommers zu den aktuellen Fragen Stellung nehmen sollen. Der Grundsatz der Überparteilichkeit bleibe dabei voll gewahrt. — **1. Vorsitzender der FDP, Direktor Moeslein**, dankte auch seinerseits für den zahlreichen Besuch und gab Hadasch das Wort.

¹² GPT 17.04.1953

In ausgezeichneten Worten verstand es der Redner, alle Gründe klarzulegen, die erst die Kriegsgeneration zu dem Standpunkt „ohne mich“ führte, „weil nicht nur die Städte in Schutt und Asche lagen, sondern weit schlimmer die seelischen Schäden im deutschen Volk nicht so schnell vernarben konnten“. Nun aber, nachdem so viele materielle Schäden beseitigt sind, könne eine Demokratie nicht ohne Idealisten bestehen, deren Grundbegriffe Ehre, Pflichterfüllung und Treue seien.

„Wir aber sind alle ein Teil unseres Volkes“, erklärte der Redner, „und wollen anstreben, den Mut und die Tapferkeit des ehemaligen Soldaten nun in die Zivilcourage des Staatsbürgers umzuformen. In erster Linie wollen wir Deutsche sein, dann erst kommt die Zugehörigkeit zu einer Partei. Ein Volk aber, das nicht bereit ist, sich zu verteidigen, hat sich selbst aufgegeben. Es geht in Zukunft um unser Schicksal, um unsere Sicherheit, deshalb hat die FDP dem EVG-Vertrag zugestimmt. Die große Chance für uns liegt nun in einem vereinten, freien Europa. Die Symbole der Freiheit, die schon über hundert Jahre dauern und auch uns überdauern werden, die Farben Schwarz-Rot-Gold, sind geblieben, und auch das gleiche Leitmotiv: Einigkeit und Recht und Freiheit. .“

Stürmischer Beifall wurde dem Vortragenden zuteil, und die Kapelle Hübner intonierte das Deutschlandlied. Nach einer Pause entwickelte in kurzen Worten, Oberstlt. a. D. Stueckler den Gedanken der neu aufzustellenden Armee, in der vieles reformiert werden müsse. Auch seine Ausführungen gipfelten den Worten: „Deutschland und Europa können nun etwas werden mit dem deutschen Soldaten.“ — FDP-Kreisvorsitzender Dr. Piper dankte auch seinerseits abschließend allen Anwesenden, besonders den beiden Rednern und der Kapelle Hübner.

08/1953 **FDP: Keine persönliche Freiheit ohne wirtschaftliche Freiheit**¹³ - Dr. Dehler im Kurtheater / FDP-Kandidat stellt sich vor

Garmisch-Partenkirchen, Am Samstag nahm der Wahlkampf zu den bevorstehenden Bundestagswahlen im Herbst seinen Anfang mit einer Versammlung der Freien Demokratischen Partei im Kurtheatersaal. Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler und **General a. D. Hubert Lanz** versuchten den zahlreichen Anwesenden die Zielgebung der Freien Demokraten klarzumachen. Dr. Thomas Dehler erläuterte im Plauderton seine und der FDP-Auffassung über rechtsstaatliches Denken und General Hubert Lanz stellte sich den Wählern seines Stimmkreises als Kandidat für die Wahl vor.

¹³ GPT 03.08.1953

„Wer in der Welt die Macht des Staates will“, erklärte der Justizminister, „leugnet das Recht des einzelnen, selbst über sein Schicksal zu entscheiden. Ein übermächtiger Staat, der den einzelnen Bürger zum Objekt seines Kollektivwillens mache, führe zu einer Entartung des Rechts. „Es mag frevlerisch klingen, wenn ich sage: **je mehr Gesetze, desto weniger Recht.**“ Die Vielfalt der Gesetze, die seit 1914 erlassen wurden, habe zu einer Fehlentwicklung geführt, weil in zunehmendem Maße in die Rechte des Einzelnen eingegriffen wurde. Die Fehlentwicklung liege darin, dass der Bürger eine Antipathie gegen die unzähligen Vorschriften empfinde, die sein Leben einschränkten und damit sein Verhältnis zum Staat negativ beeinflussen. Dies wiederum führe zu einer Rechtszerrüttung, unter der das ganze Staatsgefüge zu leiden habe. Sein Ziel als Bundesjustizminister, betonte der Redner, sei es »Sets gewesen, durch ungeheure Kleinarbeit zu versuchen, die Gesetzgebung wieder zu vereinfachen, um damit Ordnung in das auseinandergegangene Recht zu bringen. Er habe seine Aufgabe darin gesehen, ein einheitliches deutsches Recht zu schaffen.

Dehler verglich die politische Situation der europäischen Staaten und untersuchte dann die Ursache, warum es so schwierig sei, dauerhafte Regierungskabinette zu bilden. Es sei ungeheuer wichtig, dass sich jeder Wähler, der mit seiner Stimmabgabe Vollmacht erteile, über die Zusammenhänge Klarheit verschaffe, damit er eine echte politische Entscheidung treffen könne. Millionen von Menschen halten eine falsche politische Entscheidung, die zum Ende der Weimarer Republik geführt habe, bitter büßen müssen. Es sei ein unverzeihlicher Fehler, dass die Außenpolitik — die doch ein gemeinsames Anliegen sein müsse — zum Gegenstand innenpolitischen Parteihaders gemacht wurde. Am Beispiel der erfolgreichsten Demokratie der Welt, den USA, müsse man erkennen, dass es in erster Linie Fragen des innenpolitischen Lebens sein müssten, die den Rahmen für eine Wahlentscheidung gäben. Die Freien Demokraten sähen ihre Mission darin, aus der Entwicklung seit 1945 Nutzen zu ziehen und die wählenden Menschen an die echten politischen Entscheidungen heranzubringen, Politik sei eine verdammt ernste und reale Angelegenheit. Ideologien nur ein Vorwand. Man müsse es immer wieder erleben, dass die Wähler — wenn sie an Politik dächten — stets ihre, persönlichen Forderungen an den Staat in den Vordergrund rücken. Es gehe aber heute darum, aus dem deutschen Volk wieder ein in sich gefestigtes Staatsvolk und aus der Bundesrepublik einen Staat zu schaffen, der allgemein bejaht wird.

Die Entscheidung, die bei den kommenden Wahlen in Deutschland — der magischen Mitte Europas — getroffen werde, sei von ausschlaggebender Bedeutung für das Schicksal der freien Welt. Dehler sprach sich nachdrücklich für den europäischen Zusammenschluss aus, der längst keine Illusion mehr sei, sondern der einzig gangbare Weg, das Bemühen der Bundesrepublik, Deutschland aus der Isolation zu befreien und es wirtschaftlich in das größere Gefüge Europas einzureihen, sei durchaus richtig und entspreche einer dringenden Notwendigkeit. Dr. Dehler unterstrich, dass es keine politische, kulturelle oder persönliche

Freiheit ohne eine elementare wirtschaftliche Freiheit gäbe. Nur mit ihrer Hilfe lasse sich die Initiative des Staatsbürgers nutzbringend für das staatliche Gebäude entfalten.

General a. D. Hubert Lanz schilderte als neuer Wahlkreiskandidat für die Bundestagswahl seinen persönlichen Werdegang. Der 57jährige stammt aus einer württembergischen Försterfamilie. Er studierte nach dem ersten Weltkrieg Rechtswissenschaften, wurde später in das 100 000-Mann-Heer, dann in den Generalstab übernommen und als Kommandeur der oberbayerischen Gebirgsjäger eingesetzt. Diesen seinen Soldaten gehöre sein Herz, erklärte Hubert Lanz, und er rechne es sich als Ehre an, für seine Gebirgsjäger sechs Jahre ins Gefängnis eingesperrt worden zu sein. Seine Verurteilung sei damit begründet worden, dass die Gebirgsjäger angeblich etwas zu scharf gegen die Partisanen auf dem Balkan vorgegangen seien. Zur politischen Konzeption betonte Hubert Lanz, dass er es als seine wichtigste Aufgabe ansehe, für all diejenigen anzutreten, die an den schweren Folgen des Krieges zu tragen hätten. Auch er habe die Nase voll, wenn er an einen weiteren Krieg denke, doch sei es eine alte Tatsache, dass ein wehrloses Volk stets Ziel einer Aggression sei. Sein Vorhaben sei, in seiner politischen Tätigkeit in sachlicher und sauberer Arbeit das Einigende, Wesentliche und Positive in den Vordergrund zu stellen

11/1954 Die FDP fühlt sich nicht als eine „Interessenvertretung“ - **Dr. Hildegard Brücher gegen „Kalte Konfessionalisierung“ der Schulen**¹⁴

Garmisch-Partenkirchen. Kritisch betrachtete bei einer neuerlichen Wahlversammlung der FDP in der intimeren Atmosphäre des Hotels „Drei Mohren“, Garmisch, die Münchner Stadträtin MdL Frl. Dr. Brücher die Finanz- und vor allem Kulturpolitik der letzten Jahre in Bayern. Auch sie wandte sich, wie schon ihr Landesvorsitzender Otto Bezold, scharf und nachdrücklich gegen eine als „Kalte Konfessionalisierung“ bezeichnete Schul- und Universitäts-Politik und warf der CSU-Mehrheit vor, dass unter ihrem „System keine Demokratie in Bayern gedeihen könne.

Einleitend hatte sich auch der Stimmkreiskandidat der FDP, Ing. Dir. i.R. Möslin, der Versammlung mit einem Lebensabriss vorgestellt, seine persönlichen Wahlkonkurrenten im Stimmkreis als Persönlichkeiten loyal charakterisiert und vor allem darauf hingewiesen, dass die FDP sich nicht als „Interessenvertretung“ fühle; denn Interessenvertretung könne nie eine politische Aufgabe sein, sie huldige weder dem Kulturkampf noch dem allzu eng gefassten Heimatgedanken. „Unbeirrbar um Sauberkeit und Recht kämpfen“, stellte Möslin als obersten Grundsatz seiner Arbeit heraus, insbesondere auch die Notwendigkeit liberaler Haltung

¹⁴ GPT 00.11.1954

in der Frage Bekenntnis- oder Simultanschule Im Sinne eines Zusammenlebens beider christlicher „Versionen“ ohne innere Diffamierung“.

Als langjährige Landtagsabgeordnete und Stadträtin stellte Frl. Dr. Brücher zunächst einmal ihre eigene „Enttäuschung“ darüber dar, dass die CSU keine Zusammenarbeit mit einer anderen Religion suche, sondern mit strenger konfessioneller Ausrichtung „nur einen neuen Zwiespalt in unser Leben hineingetragen hat.“ Die „vollständig unmögliche“ Koalition der beiden weltanschaulich extremen Parteien in Bayern habe dazu geführt, dass die CSU mit wirtschaftlichen Konzessionen (staatliche Regiebetriebe) „im Kielwasser der marxistischen Weltanschauung geschwommen ist“, während die SPD von ihren kulturpolitischen Zielen zurückgesteckt habe, weil sie ihren Wählern mit diesen wirtschaftlichen Konzessionen „einige fette Brocken zu bieten hat“. — Verschuldung und hohe Personalkosten im Bayerischen Staatshaushalt wie auch die „ungeheure Aufblähung der Bürokratie um ihrer selbst willen“ kritisierend stellte Dr. Brücher fest, dass es „verbitternd“ sei, zu sehen, wie es in Bayern völlig unmöglich ist, einmal einen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen, wenn er in einer hohen Parteifunktion sitzt. Staatssekretär Ringelmann, der im Auerbach-Prozess und im Filmskandal eine „mehr als zweifelhafte Rolle“ gespielt habe, sitze sicher „im Schutze seiner Partei“.

Über parteipolitischen Machtkämpfen um die konfessionelle Schulpolitik seien in Bayern wieder Aufbau und Raumbeschaffung für die Schulen vergessen worden, sagte Frl. Dr. Brücher und forderte gegenüber der „anmaßenden und intoleranten Störung des religiösen Friedens in den Gemeinden“ eine Elternbefragung, „anstatt, die Schulen einfach zu zerschlagen“. Durch das Zuschieben von Geldern an konfessionelle Privatschulen sei eine „kalte Konfessionalisierung“ betrieben worden, ebenso wie bei den Universitäten, wo man versucht habe, für die katholischen Fakultäten Regensburg und Bamberg den über den Landtag nicht erreichten Ausbau heimlich durch Einbau von 14 neuen Professuren in den Etat zu erreichen

Den „gespenstischen“ Repräsentationsaufwand in Bonn geißelnd, wies Dr. Brücher in der Diskussion auch auf das „mangelnde Stilgefühl“ hin, das sich abgesehen von der Persönlichkeit des Bundespräsidenten an höheren Stellen dabei bemerkbar mache; auch die Verwaltungsreform werde in erster Linie dadurch verhindert, dass dabei „ein paar parteipolitische Pöstchen in die Luft gehen“ würden.

11/1954 **Bezold: „Wir sind in Gefahr wieder Untertanen zu werden“**¹⁵ - Herbe Kritik an politischer Entwicklung — „Finanzieller Staatsnotstand“

¹⁵ GPT 20.11.1954

Garmisch-Partenkirchen. Bei einer allerdings nur mäßig besuchten Wahlversammlung der FDP im Kurtheater übte der Landesvorsitzende Otto Bezold herbe Kritik sowohl an dem Saarabkommen wie auch an der innenpolitischen Entwicklung, die eindeutig auf der ganzen Linie von der echten Demokratie wegführe, sowohl was die Freiheit der Parlamentsarbeit als auch die Freiheit des einzelnen Bürgers und der Gemeinden betreffe. Mit vielseitigen Hinweisen auch auf klerikale Einmischung in die Politik, auf die Kredit-Skandale, auf den „finanziellen Staatsnotstand in Bayern“ usw. wies Bezold darauf hin, dass heute der Bürger in Gefahr sei, wieder zum Untertan degradiert zu werden.

Otto Bezold streifte zu Beginn auch die Außenpolitik und stellte fest, der politische Sinn des französischen Originaltextes sei „praktisch eine Abtretung der Saar“ und erschwere die künftige Haltung gegenüber dem Osten. Es wiederhole sich jetzt schon allzu oft in Bonn, dass die stärkste Partei, wenn ihr etwas nicht nach Wunsch läuft, behauptet, die Demokratie und das deutsche Volk seien in Gefahr!”

„Auch in Bayern laufen die Dinge nicht viel anders“, und die FDP habe in den letzten vier Jahren deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie mit der politischen Entwicklung nicht einverstanden sei, „weil Art und Weg der politischen Entwicklung nicht zur Demokratie, sondern von ihr weg führen.“

Die Entstehung der Gemeindeordnung beleuchtend, kritisierte Bezold, dass von der ursprünglich vorgesehenen Entscheidungsfreiheit der Gemeinden nichts mehr drin sei, und die Regierung habe offen zugegeben, sich nicht an die ursprüngliche Konzeption gehalten zu haben, weil das Volk in Bayern für so große Freiheiten noch nicht reif sei. „Das ist dasselbe, als wenn man ein Kind nicht das Laufen lernen lässt, aus Angst, es könnte dabei hingefallen. Die Gemeinden sind heute vielfach immer noch nichts anderes, als die Befehlsempfänger des Staates.“

Das die Demokratie kennzeichnende Gleichgewicht zwischen persönlicher Freiheit und staatlicher Macht drohe durch überhandnehmende Staatsgewalt“ gestört zu werden. Wenn der Bürger wieder auf die Stufe des „Untertanen“ gezwängt werde, dann ist die Demokratie, wie wir sie verstehen, am Ende“. Als Beispiel zitierte Bezold den Ausspruch eines Vertreters der Ministerial-Bürokratie: „Sie können hier im Landtag beschließen was sie wollen, die Regierung macht doch was S i e will.“ Auch das Polizei-Aufgabengesetz zeige deutlich den Willen der Regierung, den Staat wieder zu bemachten. „Die FDP darf stolz darauf sein, diesem Gesetz den einen oder anderen Giftzahn ausgebrochen zu haben.“

Zu den bayerischen Finanzen erklärte Bezold, dass es der Regierung nur gelungen sei, „noch einmal über die Runde zu kommen“, weil der Staat zweimal größere Darlehen bekommen konnte. Es sei eine Tatsache, dass der bayerische Staat „der verschuldetste aller

Staaten in der Bundesrepublik ist", und es sei unsinnig, etwa die geschehenen Aufforstungen als „Aktiva" gegen die Schulden zu setzen. Der Staatsapparat sei um 20% vergrößert worden statt abgebaut. Es wäre schon möglich, „das eine oder andere Ministerium noch wegzubringen." Eine weitere Ursache des finanziellen „Staatsnotstandes" in Bayern sei, dass der Staat sich seit Jahren in zunehmendem Maße wirtschaftliche Betriebe „unter den Nagel reiße" und sich dabei erfahrungsgemäß als Wirtschaftler verkalkuliere; und er führte als Beispiel das Hofbräuhaus an Dringend forderte Bezold Maßnahmen zum Schutze des Mittelstandes, der heute auch einen großen Teil der Arbeiterschaft umfasse, um ihn .aus der schärfsten Konkurrenz herauszunehmen, weil er sonst zugrunde geht". „Solange der Mittelstand noch besteht, glimmt immer noch der demokratische Funke."

Zur Kulturpolitik wies Bezold auf die „grausige Öde und Leere" des Kulturschaffens in Bayern hin. weil nämlich viele schaffende Künstler Gegangen seien oder nicht wiederkämen, da ihnen die nötige Freiheit fehle. „Radikale außenpolitische Kräfte üben ihren Einfluss in die Kulturpolitik zu ganz bestimmtem Ziel.“ Der CSU sei in dieser Beziehung ein ausgesprochener „Wille zur Macht" vorzuwerfen, indem sie sage, „wer in der Kulturpolitik nicht so will, wie wir, ist ein Feind des Christentums." Auch bezüglich der Schulpolitik sei nur der „Fairness der Lehrerschaft" zu danken, dass im Kampf Bekenntnisschule-Gemeinschaftsschule „noch nicht mehr Unglück entstanden ist.“ Bezold lehnte die Bekenntnisschule ab. da sie alle Fächer einseitig religiös durchdringen wolle. „Wir halten es für ein Übel, wenn ein bestimmter klerikaler Wille zu sehr in das politische Leben übergreift.“ Dies sei auch bei der Besetzung hoher Stellen im Staate festzustellen, die nicht nach der sachlichen Fähigkeit, sondern nach religiöser Zugehörigkeit getätigt würden.

11/1954 Dr. **Dehler fordert freies Bündnis anstelle der „Vereinigten Staaten von Europa“**¹⁶

Garmisch-Partenkirchen. Die Freie Demokratische Partei präsentierte in diesem Wahlkampf ihren Bundesvorsitzenden, **Bundesjustizminister a. D. Dr. Thomas Dehler**. Er sprach — obwohl die Zeit der Kundgebung an sich ungewöhnlich war — vor einem gut besuchten Hause, das an seiner Rede so stark interessiert war, dass man anscheinend schon vorher einige „Zwischenrufe" organisiert halte. Dennoch verlief die Kundgebung, in der sich zugleich auch Ingenieur, Direktor i.R. Friedrich Möslein als Stimmkreiskandidat vorstellte, ohne allzu heftige Störungen, und Dr. Dehler konnte sich immer durchsetzen und die Zwischenrufer abfertigen.

¹⁶ GPT 26.11.1954

„Es ist nicht gleichgültig, wie die Landesregierung aussieht“, ging Bundesminister a. D. Thomas Dehler ins Thema; „denn von der Zusammensetzung der Landesregierungen hängt entscheidend das Bundesgeschehen ab. Die großen politischen Fragen aber greifen ihrerseits wieder in das Alltagsleben ein.“ Landespolitik sei notwendig, fuhr Dehler fort; doch erst die große politische Aufgabe könne das Geschehen mit gültigem, lebendigem Inhalt erfüllen. Auf Bayerns Boden allerdings gediehen zeitweise kuriose politische Pflanzen, meinte er und befasste sich mit der Loritz sehen WAV und der Bayernpartei, die beide ebenso rasch wie sie gekommen seien, aus der Bundespolitik wieder verschwunden seien. Sarkastisch bemerkte er, dass wohl das Erstaunen der Wählerschaft groß wäre, wenn plötzlich eine Schwabenpartei das Licht der politischen Welt erblicken würde.

Die Landtagswahl falle in eine wichtige Periode der politischen Entwicklung, denn es gehe um ein neues Zusammenordnen Europas. Für diese Zielsetzung habe der Sozialismus nicht die nötige Kraft besessen, und auch die Kraft der kirchlich katholischen Konzeption habe sich nicht als für Europa tragend erwiesen. Der Werdegang nach dem Kriege habe dies klar gezeigt. Die französische Regierung sei zum Beispiel über die katholisch-kirchliche Konzeption zur Tagesordnung übergegangen. Die EVG sei in Paris aus diesem Grund schon zu Grabe getragen worden, bevor die Ratifizierung heranrückte. Schon durch Tagesordnungs-Manipulationen sei die EVG ins Jenseits gedrängt worden.

Thomas Dehler betonte: „Meiner Meinung nach kommt nur der liberale Gedanke als ordnende Kraft für Europa in Frage.“ Dazu gehöre ein freies Bündnis der Staaten anstelle der „Verinigten Staaten von Europa“, eine Tendenz also, wie sie sich in London und Paris anbahnt, Europa lasse sich nur liberal-wirtschaftlich und nicht durch Institutionen ordnen.

Im innenpolitischen Teil seiner Rede erklärte er: „Für mich ist die Demokratie untrennbar mit der allgemeinen Wehrpflicht verbunden!“ Auf die Frage eines Zwischenrufers, was die deutschen Mütter dazu sagten, antwortete Thomas Dehler: „Wie kann man eine solche Frage mit der großen Schicksalsfrage Deutschlands verbinden? Ein Volk, das keine Widerstandskraft aufbringt, gibt sich selbst verloren.“

Auf weitere Fragen aus dem Saal, die sich auf die persönliche Wehrpflichtererfüllung Dehlers bezogen, erwiderte er, dass dies zwar eine unwürdige Art sei, ihn auszufragen, dass er sich aber der Pflicht dem Vaterland gegenüber nicht entzogen habe. Und heute sei es so, dass sich die Jugend — oder wenigstens ihr wertvoller Teil — für das Europaideal begeistert habe.

Die Vorgänge um die Saar, sagte Dr. Dehler, kämen einer „Wegnahme deutschen Landes“ gleich, der die FDP im Hinblick auf die „Oder-Neiße-Linie“ niemals zustimmen könne. Er selbst habe den Kanzler vor den Verhandlungen in Paris mehrfach auf diesen Standpunkt

aufmerksam gemacht. „Warum sollte nicht“, frage er, „mit dem Saargebiet für uns erreicht werden können, was in Triest für die Italiener möglich war?“ Wenn auch die Pariser Verträge gebilligt würden, so schlieÙe das nicht aus, dass die FDP nach wie vor mit dem Saarabkommen nicht einverstanden sei. Die Ablehnung der FDP solle dazu beitragen, dass sich Frankreich nochmals klar darüber entscheiden müsse. Im Übrigen sei es völkerrechtlich nicht vertretbar, ein Beistandsabkommen mit einer Landesabtretung zu koppeln.

In scharfen parteipolitischen Attacken setzte sich Dehler mit dem Sozialismus auseinander und bezeichnete ihn als „stinkenden Leichnam“. Auf Zwischenrufe sagte er: „Wenn Sie das nicht bemerkt haben dann haben sie keinen Geruchssinn.“ Wenn man ihm nachweisen könne, fügte er hinzu, dass der Sozialismus den Arbeitern Erfolg gebracht hätte, so wolle er ab heute ebenfalls Sozialist werden.

Der CSU warf Dehler vor, dass sie es sich eigentlich als christliche Partei nicht leisten könne, im Wahlkampf mit Lüge und Verleumdung zu arbeiten, denn dies stünde nicht im Einklang mit der Nächstenliebe. Ein christlicher Mensch jedenfalls achte diese Gebote, doch im Augenblick falle es ihm, Dr. Dehler, schwer, Leute wie Würmeling, Dr. Jäger oder Strauß zu lieben. Im Übrigen berichtete Dehler von seiner Amerika-Reise, auf der er festgestellt habe, dass es dort keine „Probleme“ wie Konfessionsschule oder Elternrecht gebe, die bei uns die Gemüter erhitzten. Außerdem gebe es in den USA auch keine sozialdemokratische Partei. Dr. Dehler mahnte alle Wähler, sich darüber klar zu sein, wie wichtig ihm Stimmen seien und wie notwendig es sei, sich politisch klar zu entscheiden!

09/1955 **Neuer Kreisvorstand der FDP**¹⁷

Garmisch-Partenkirchen. Der Kreisverband der FDP hielt im „Lamm“ seine Jahreshauptversammlung, bei der der alte Vorstand seine Ämter teils aus Altersgründen, teils aus Gründen der Gesundheit zur Verfügung stellte. Die Neuwahl ergab die folgende neue Vorstandschaft; Kreisverbandsvorsitzender Rechtsanwalt Beyschlag; Schriftführer; Dr. Otto; Schatzmeister: Leonhard Panholzer; Frauenreferentin und Vertriebenenfragen: Frau Lore Kottusch; Referent für Wirtschaftsfragen und Bauwesen: Dipl.-Ing. Moeslein; Kulturreferent: Lehrer Fischer; Presse und Propaganda: Stockinger und Rechtsanwalt Feustel; Sozialpolitik: H. Miering; Jugendreferent: H. Netz. — Der bisherige kreisverbandsvorsitzende Dr. Piper, der acht Jahre lang in unermüdlicher Tätigkeit in der FDP und im Gemeinderat wertvolle Dienste geleistet hat, wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In Zukunft wird an jedem ersten Montag im Monat, jeweils um 20 Uhr abends im „Lamm“, eine Versammlung stattfinden, zu der auch

¹⁷ GPT 29.09.1955

Freunde und Interessenten willkommen sind. Es soll in erster Linie über kommunalpolitische Belange diskutiert werden. Der nächste zwanglose Abend ist bereits am Montag, den 3. Oktober, um 20 Uhr im Lamm

12/1957 **Vorstandswahl bei der FDP**¹⁸

Garmisch-Partenkirchen (br) — In der Hauptversammlung der FDP Garmisch-Partenkirchen im Hotel „Vier Jahreszeiten“ konnte Kreisverbandsvorsitzender, Kreisrat Rechtsanwalt Heinz Beyschlag, u. a. den Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Albert Stückler, und seinen Geschäftsführer Barfuß, den 2. Bürgermeister von Oberammergau, Kreisrat Raab, sowie den gesamten Vorstand des Ortsverbandes Mittenwald mit seinem Vorsitzenden, Holzheier, begrüßen. Nach einem Rückblick auf die Arbeit des vergangenen Jahres stellte er fest, dass sich die FDP trotz aller Angriffe als dritte Kraft im deutschen politischen Leben bewährt habe. Es folgten Referate von Gemeinderat Panholzer und Bezirksvorsitzendem Stückler. Dann schritt man zur Neuwahl des Vorstandes, die folgendes Ergebnis brachte: Kreisvorsitzender Dr. med. Ernst Otto; 2. Vorsitzender Heinz Beyschlag; Schatzmeister Gemeinderat Panholzer; Schriftführer Hotelier Josef Schmidt. Es wurde beschlossen, zusätzlich zum Vorstand einen Kreishauptausschuss zu wählen, in dessen Händen die politischen Entscheidungen des Kreisverbandes liegen sollen. In diesen Ausschuss wurden gewählt: Gemeinderat. Neuner, Kreisrat Strauss und der Ortsverbandsvorsitzende von Mittenwald, Holzheier.

12/1963 **Jungdemokraten zur Lohnfortzahlung**¹⁹ - Für eine versicherungsrechtliche Lösung

Garmisch-Partenkirchen (wo) — Die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Jungdemokraten würdigte auf ihrer letzten Sitzung im Hotel „Vier Jahreszeiten“ die Wahl von Werner Blank, des 2. Vorsitzenden der AG., in den Landesvorstand. der bayerischen Jungdemokraten. Hierauf beschloss die Arbeitsgemeinschaft einstimmig, ein Schreiben an die FDP-Bundestagsfraktion zu senden, worin für die klare Haltung im Lohnfortzahlungsgesetz gedankt wird. In dem Schreiben heißt es, „eine versicherungsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter ist die beste und sinnvollste Methode, die dringend erforderliche materielle Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten zu erreichen. Mit einer versicherungsrechtlichen Lösung wird den Interessen der Arbeiter und der kleinen und mittleren Be-

¹⁸ GPT 04.12.1957

¹⁹ GPT 02.12.1963

triebe in gleicherweise gedient, weil diese Lösung Schutz bietet vor unübersehbaren Risiken, die zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten und damit zum Verlust der Arbeitsplätze führen können.

Die Arbeitsgemeinschaft erwartet, dass der Bundestag diese Überlegungen doch noch akzeptiert und sich nicht von sachfremden Erwägungen oder gar von reinem Prestigedenken leiten lässt. Zugleich hofft man, dass die angekündigte Sozial-Enquete nun endlich die von der FDP schon lange geforderten klaren Grundlagen für eine Sozialgesetzgebung schafft, die den Leistungswillen des einzelnen fördert und mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik harmoniert. Nur so wird die Währungsstabilität gewährleistet, an der gerade die Arbeiter und Angestellten ein hohes Interesse haben.“

11/1964 **Für Zivilcourage**²⁰

Garmisch-Partenkirchen — Werner Blank, Walter Otto, Horst Rosenberger und Klaus Rösch vertraten kürzlich die Garmischer Jungdemokraten beim diesjährigen Landesjugendtag in Würzburg. Wie schon berichtet, hatten die Garmischer für dieses Treffen einige Anträge zur Diskussion vor dem Plenum eingereicht; es handelte sich dabei um eine Anregung zur Schaffung eines besonderen Preises für Zivilcourage. Ein anderer Antrag forderte die Verbesserung des Gesetzes zum Schutz junger Familien. Nach lebhafter Diskussion wurden alle Anträge angenommen.

Bei den Wahlen in den Landesvorstand wurde Werner Blank mit großer Mehrheit wieder in den Landesvorstand gewählt, der besondere Anerkennung fand, da er Tausende von Kilometern für seine Ideale mit Auto und Bahn zurücklegt. Die Jungdemokraten der Arbeitsgemeinschaft Garmisch-Partenkirchen sammelten viele neue und wertvolle Eindrücke. Für ihre kommenden lokalen Veranstaltungen haben sie sich — wie sie schreiben — den Ausspruch des Landesvorsitzenden Dr. Fritz Haas als Diskussionsgrundlage gewählt: „Bis an Ende meines Lebens wird es mir guttun die falschen Heiligenscheine im Lande Bayern aufzudecken und zu demolieren!“

09/1966 Jungdemokraten sammeln Unterschriften - Thema der Jahresversammlung: **Volksbegehren für Gemeinschaftsschule**²¹

²⁰ GPT 16.11.1964

eb. Garmisch-Partenkirchen — Die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Jungdemokraten wird in dieser Woche eine besondere Initiative starten. Vor dem Kurparkeingang wird am Donnerstag, 29. September, ein Stand unterhalten werden, an dem die Listen für das Volksbegehren, um die Einrichtung der christlichen Gemeinschaftsschule, aufliegen. Dort kann sich jeder in Garmisch-Partenkirchen Wahlberechtigte in der Zeit von 8 bis 19 Uhr eintragen.

In diesen Tagen führte die hiesige Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Jungdemokraten ihre Jahreshauptversammlung durch. Der Vorsitzende gab einen Rechenschaftsbericht, in dem er betonte, dass die Arbeit im vergangenen Jahr erfolgreich war. So seien unter anderem die „lokale Verankerung“ der FDP in Grainau und die Mitwirkung bei der Vorbereitung der Landtagswahlen Ergebnisse der Jungdemokratenarbeit des letzten Jahres. Die Neuwahlen ergaben folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Weiner Blank, 2. Vorsitzender Eugen Kagel jun.

Der wiedergewählte Vorsitzende ging anschließend in einem Kurzreferat auf das Volksbegehren der FDP um Einrichtung der christlichen Gemeinschaftsschule ein. Er sagte, eine der bemerkenswertesten Feststellungen bisher sei, dass ein großer Teil der Öffentlichkeit nicht wisse, dass auch in Garmisch-Partenkirchen Volksschulen zum Teil nicht voll gegliedert seien. Er betonte, dass es in unserer Zeit „höchst bedauerlich“ sei, dass man zur Beseitigung eines derartigen Umstandes noch Argumente brauche.

01/1967 Bis jetzt 2 300 Unterschriften - **Im Kreisort acht Prozent für „Volksbegehren“** — FDP erläutert Aktion²²

ea. Garmisch-Partenkirchen. Die Unterschriften-Aktion „Volksbegehren für christliche Gemeinschaftsschule“ endet am kommenden Montagabend. In den letzten Tagen meldeten die Eintragungsstellen im Landkreis verstärkten Andrang, insbesondere in Garmisch-Partenkirchen. Bis gestern Mittag waren aus dem Ort rund 1450 Unterschriften, das sind rund 8 Prozent, eingetragen. Mittenwald meldete 370 Eintragungen, Farchant 100, Grainau 45 und Wallgau 8, insgesamt also 2300 Stimmen aus dem Landkreis Werdenfels. Als einzige Gemeinde hat Wamberg noch keinen Namen auf den Listen verzeichnet.

Im Allgemeinen wurde beim Landratsamt festgestellt, dass vorwiegend evangelische Bewohner zur Unterschrift kommen: Auffallend sei auch, dass nicht — wie erwartet — hauptsächlich Eltern mit schulpflichtigen Kindern die Aktion unterstützen, sondern dass besonders ältere, meist kinderlose Personen ihr Interesse an der Einführung der „christlichen Gemeinschaftsschule“ bekunden.

²¹ GPT 26.09.1966

²² GPT 28.01.1967

ist in der heutigen Zeit weder ausreichend noch modern; durch räumlich günstig gelegene Gemeinschaftsschulen lassen sich sogar lange, zeitraubende und gefährliche Schulwege vermeiden. Die christliche Gemeinschaftsschule, die erst kürzlich in dem CDU-regierten Baden-Württemberg als Regelschule mit Erfolg eingeführt wurde, ist eine Schule, die Kinder aller Konfessionen schon in jungen Jahren zusammenführt, da sie in späteren Lebensabschnitten, sei es auf höheren Schulen, sei es am Arbeitsplatz, gleichwohl neben — und miteinander auskommen müssen.

Die christliche Gemeinschaftsschule ist keine religionsfeindliche Schule, denn das Bekenntnis des einzelnen wird nicht angetastet; eine solche Schule ist eine moderne Schule, die frei von hemmenden Problemen den Bildungsanforderungen der heutigen Zeit entspricht. Hierzu die Unterschrift zu geben, ist für alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger demokratisches Recht.“

Die FDP, auf deren Veranlassung hin die Aktion durchgeführt wird, teilt über ihren Kreisverband aufklärend noch folgendes mit:

„Beim Volksbegehren zur christlichen Gemeinschaftsschule geht es um die Gleichberechtigung dieser Schulgattung neben den Bekenntnisschulen. Es ist unwahr, dass durch diese Schulgattung die Bekenntnisschulen abgeschafft werden sollen; es ist auch unwahr, dass aus christlichen Gemeinschaftsschulen die Religion verbannt werden solle und der Unterricht z. B. durch Ordensschwestern nicht mehr durchgeführt werden dürfe.

Bei dem „Begehren“ um eine solche Schule geht es nur darum, zum Wohle der Kinder eine Schulart zu schaffen, die allen Kindern offensteht, wobei Zustände wie verschiedene Klassen in einem Raum mit nur einem Lehrer abgeschafft werden sollen, denn ein solcher Unterricht...“

07/1968 Jungdemokraten und alte Probleme - **Umgehungsstraße nicht zu umgehen** — Bundes- und Ortsprobleme²³

Die Notstandsgesetzgebung wurde kritisiert, dass „wieder einmal das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Die unmittelbaren Eingriffe in die Grundrechte, wie etwa die Aufhebung des Post- und Telefongheimnisses, seien beachtlich“. Man habe nun keine rechtliche Handhabe gegen Abhören von Telefongesprächen, wenn irgendein Verdacht“ besteht. Der „Bundeswehr-Passus“, der Soldaten zum Eingreifen bei inneren Unruhen berechtigt, sei gefährlich und abwegig. Man sei allzu „gesetzfreudig“ in der Bundesrepublik.

²³ GPT 31.07.1968

Auch die Wahlrechtsreform wurde angeschnitten. Oberamtmann und Gemeinderatsmitglied Carl Rall meinte, das Wahlalter müsse von 21 Jahren auf 18 herabgesetzt werden. Die Studentenunruhen seien verständlich. Es sei das Recht und die einzige Möglichkeit der Jugend, gegen die Erstarrung der Gesellschaft anzugehen. Die Erneuerung könne nur von der Jugend kommen. Bei den Hochschulen habe man offensichtlich die Entwicklung verschlafen. Aber als die Probleme zu Massendemonstrationen führten, hätten sich leider auch andere Kräfte eingeschaltet. Wo Demonstrationen den geistigen Führern aus der Hand glitten, würden sie zum Bumerang für die Jugend.

Auf die Lösung des örtlichen Verkehrsproblems, zu der man an Haupt- und Krottenkopfstraße den ersten Schritt gemacht habe, ging der Referent näher ein: Beim Ausbau der Loisachstraße würden sich gezwungenermaßen Härten für einige Anlieger ergeben. Doch der innerörtliche Verkehr sei bereits zu groß. Man müsse sich einfach auf diese Art Luft machen, wenn der Ort nicht im Verkehr ersticken wolle. Wenn der Autobahn-Zubringer 1972 bis zur Farchanter Gabel geführt ist, sei man gezwungen, den verstärkten Zustrom aufzufangen. Das sei nur durch umfangreichen Straßenbau innerhalb des Ortes möglich.

Ein Diskussionsteilnehmer fragte, warum man früher Maximilian- und Loisachstraße jeweils nur halb ausgebaut habe und nicht eine von beiden gleich ganz fertiggestellt worden sei. Kreisvorsitzender Dr. Ernst Otto erläuterte die großen Widerstände von Anliegern, mit denen man seinerzeit habe kämpfen müssen. Carl Rall wies noch darauf hin, dass die betroffenen Bürger mit einer gütlichen Einigung finanziell meist besser wegkämen, als bei Enteignung.

Dass eine richtige Umgehungsstraße vermutlich nicht zu umgehen ist, darüber war man sich einig. Man dachte in diesem Kreis an eine Trasse am Kramerhang und eine oberhalb St. Anton. Diese Straßen würden keine Nachteile für die hiesige Geschäftswelt bringen, denn wer die Absicht hat, den Ort nur zu passieren, werde es auch so tun.

11/1968 „**Das soziale Hemd ist zu kurz**“ - FDP wählt Kreisvorstandschafft — Betrachtung zu Bundes- und Landespolitik²⁴

eb. Garmisch-Partenkirchen — Der Kreisverband der FDP hielt eine Versammlung mit Neuwahlen, entsprechend dem neuen Parteiengesetz. **Kreisvorsitzender Dr. Ernst Otto** gedachte eingangs der in diesem Jahr verstorbenen, treuen Mitglieder und wies in seinem Tätigkeitsbericht besonders auf das niederschmetternde Ergebnis der Landtagswahlen vom November 1966 hin. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich dies nicht noch einmal wie-

²⁴ GPT 12.11.1968

derholen möge. Besonders hervorgehoben wurde von dem Vorsitzenden der FDP-Antrag zum „Volksbegehren“ für eine zeitgemäße Schulreform, das nur ganz knapp gescheitert sei. Er dankte in diesem Zusammenhang für den großen Einsatz einzelner Mitglieder, besonders aber der Jungdemokraten. Dr. Otto sprach dann weiter über die von der Koalition geplanten Wahlrechtsreform. Die SPD sei dann bei ihrem Vorschlag einer Dreier-Wahlrechts-Reform dahintergekommen, dass auch sie zu den Verlierern gehören würde.

Nach längeren Ausführungen über die Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeinde- Politik forderte Dr. Otto die Parteifreunde auf, doch regeres Interesse an der Partearbeit zu nehmen, zu werben, um den Kreis der Mitglieder zu erhöhen und die wöchentlichen Zusammenkünfte reger zu besuchen. Es seien leider immer wieder nur die „Sieben Aufrechten“, die ihre Freizeit der Partearbeit zur Verfügung stellen. Mit dem besonderen Dank an diese mitarbeitenden Parteifreunde, Kreis- und Gemeinderäte für ihren tatkräftigen und nicht immer leichten Einsatz für die FDP, beendete der 1. Vorsitzende seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Nach dem Bericht von Schatzmeister Eugen Kagel und der Kassenprüfer erfolgte Entlastung des seither tätigen Kreisverbands-Vorstandes. Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Dr. Ernst Otto, stellvertretender Vorsitzender Karl Rall, Schatzmeister Eugen Kagel sen., Schriftführer Frau Alberta Christel. Damit wurden alle Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Delegierte für den Landesverband wurden: Wilhelm Cellbrot, Werner Blank; Ersatz: Leonhard Panholzer und Harry Netzer. Für den Bezirksverband: Dr. Ernst Otto und Karl Rall; Ersatz: Hans Baudrexel und Fr. Erika Kornmüller. Dr. Karl Piper wurde einstimmig wieder zum Ehrenvorsitzenden des Kreisverbandes gewählt.

Im Schlusswort wies der 1. Vorsitzende auf die Bundestagswahl 1969 hin, bei der es der FDP „um Sein oder Nichtsein“ gehe. Zu verteidigen habe die FDP im Interesse des Mittelstandes und des Handwerks, die geplante Lohnfortzahlung. Mitbestimmung und die Krankenkassen-Reform. Das „soziale Hemd“ der Bundesregierung ist zu kurz geworden.

11/1970 FDP mit schwerem Geschütz bei ihrem **Gipfel-Kongress - Scheel und Ertl** mit bayrischen Delegierten auf der Zugspitze²⁵

Von unserem Redaktionsmitglied Heinrich Schott - Garmisch-Partenkirchen — Delegierten-Heerschau beim Land-Wahlkongress der FDP am Samstag auf der Zugspitze und Ovationen für Bundesminister Walter Scheel, der unmittelbar von den Warschauer Verhandlungen ge-

²⁵ GPT 17.11.1970

kommen war. Nebenbei betätigten sich manche Kandidaten auch als Skiläufer beim Riesenslalom, an ihrer Spitze Frau Dr. Hamm-Brücher. Der noch rekonvaleszente Bundesminister Josef Ertl hatte zwar die Skistiefel dabei, verzichtete dann aber doch auf Teilnahme. Beim Kongress erlitt ein französischer Presse-Attaché einen Herzanfall, der aber glimpflich abging.

Im Schneefernerhaus drängten sich Ski- und Skibob-Haserl neben Delegierten, Journalisten und Kameramännern, als mit dem Slogan „Frischer Wind in Bayern“ — so das Transparent über dem blumengeschmückten Vorstandstisch im überfüllten Hotel-Speisesaal — der wochenlang als Parteigeheimnis gehütete Gipfel-Kongress der FDP begann. Er stand im Zeichen von Kulturpolitik, Warschauer Vertrag und dem Skandal um den Scheinübertritt von MdB Karl Geldner zur CSU. Er wurde mit Beifall begrüßt.

Beifall auch für die Stars des Kongresses, Josef Ertl — dem man ansah, dass er noch erholungsbedürftig ist — und Dr. Hildegard Hamm-Brücher, die sich „in guter Kondition“ vorstellte. Stellvertretender Landesvorsitzender Georg Letz brachte „Aufwind nach der Hessenwahl und frischen Wind auf der Zugspitze“ miteinander in Verbindung und Kreisvorsitzender Dr. Ernst Otto erinnerte angesichts der Nebel-Waschküche am Platt an das Scheel-Wort, dass freien Demokraten ohnehin ständig kalter Wind um die Ohren wehe und sie gewohnt seien, durch Nebel höher zu steigen.

Während immer noch Skifahrer aus dem Hotel zum Platt hinunterquollen, hielt Bundesminister Ertl im Pullover hemdsärmelige Abrechnung mit der CSU, die nur noch von dem einen Trieb besessen sei, „Staatspartei für alle Zeiten zu bleiben“. Er betonte den Grundsatz freier Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und wehrte sich gegen „Umverteilung von Vermögen“.

Dass die „Hybris der Macht“ — (gemeint der CDU und CSU) — gebrochen werde, stellte nicht nur Josef Ertl als Ziel dieser Wahl heraus, sondern noch nachdrücklicher und radikaler war die Kampfansage von Dr. Hildegard Hamm-Brücher. Sie nahm vor allem die Schul- und Bildungspolitik in Bayern aufs Korn und warf der CSU vor, sie habe versucht Rückzugsgefechte als Fortschritt zu verkaufen. Und wenn „Mündigkeit des Bürgers“ erstrebt werde, so dürfe das nicht als Links-Tendenz verteufelt werden.

Bundesminister Walter Scheel, anscheinend noch im schwarzen Verhandlungsanzug von Warschau, ging nur andeutend auf den Vertrag ein, der eine bessere Zukunft für eine neue Generation wolle, zeigte sich dann aber überraschend kampffreudig in Sachen Innenpolitik. Machtstreben nur um der Macht willen, wie es die Opposition zeige, bedeute das Ende jeder vernünftigen demokratischen Entwicklung. Die FDP habe gezeigt, dass sie Koalitionen schließe, um liberale Politik zu machen. In Bayern wolle sie sich nun selbst in den Landtag „hineinkatapultieren“.

Zu der Skandal-Geschichte seines Schein-Übertrittes zur CSU sagte MdB Karl Geldner, es gehe ihm um die Glaubwürdigkeit der Demokratie und nicht um die Bayernwahl, denn er sei „von diesen Leuten“ schon vor der Hessenwahl „massiv angegangen worden, zu unterschreiben.“

03/1974 Die FDP bemerkt einen „Trend“ und bleibt nach allen Seiten frei - **Hans Engelhardt, MdB, referiert über aktuelle Politik**²⁶

wk. Garmisch-Partenkirchen — „Wir sollten derzeit nicht in den Fehler verfallen, zu glauben, die CDU/CSU konnte jetzt für uns als Koalitionspartner in Frage kommen, "auch wenn es der SPD dreckig geht; die Union ist viel zu zerrissen und bringt es nirgends zu einem einheitlichen Votum.“ Das erklärte jetzt der FDP-Bundestags-Abgeordnete Hans Engelhardt bei einer Versammlung seiner Partei im Hotel „Vier Jahreszeiten“.

Der Abgeordnete war als Mitglied des Bundestags-Unterausschusses für Ehe und Familienrechtsfragen nach Garmisch-Partenkirchen gekommen, weil dieses Gremium einige Tage hier über Ehe und Scheidungsprobleme diskutierte. Das neue Recht auf diesem Gebiet, so führte er eingangs aus, wolle endlich die partnerschaftliche Ehe realisieren. Besonders bemerkenswert sei dabei das neue Scheidungsrecht: Es stoche weniger in der Intimsphäre herum, weil es nicht mehr so sehr nach dem Verschulden frage, sondern gehe auf das Zerrüttungsprinzip über. Engelhardt: „Vielleicht wird die Scheidung selbst leichter, aber im Regelfall wird niemand geschieden werden können, der nicht vorher eine vertragliche Regelung über eine ganze Reihe von Folgeansprüchen trifft.“ Alle mit einer Scheidung zusammenhängenden Probleme, also auch die erziehungsrechtlichen Fragen, würden künftig konzentriert vor einem einzigen Richter behandelt.

Auf die „große“ Politik übergehend, unterstrich MdB Engelhardt, dass im letzten Jahr die Stabilitätspolitik der Bundesregierung erfolgreich gewesen sei. Nach der Energiekrise sei nunmehr ein Preisanstieg von immerhin „nur“ 7,5 Pro-zent zu verzeichnen. Der öffentliche Dienst habe sich mit seinen 14 Prozent mehr jetzt an die Spitze der Aufwärts- „Bewegung“ gestellt.

Nach der Mitbestimmungs-Problematik (Streitpunkt leitende Angestellte) und dem neuen Bodenrecht (Novelle zum Bundesbaugesetz) streifte Hans Engelhardt auch das neue Steuerrecht: „Manche Leute bieten statt neuem Steuerrecht was anderes an; doch das ist gefährlich und kann zur Realisierung von Plänen der Kommunalisierung und Sozialisierung führen.“

²⁶ GPT 18.03.1974

Wenn im Übrigen die FDP nicht bei der jetzigen Bundesregierung beteiligt wäre, sei sicher mit Preisstopp und Kontrollen versucht worden, die Stabilität in den Griff zu kriegen.

Ganz deutlich sei derzeit auch ein Trend der Bürger hin zur FDP zu bemerken. Ganz klar, dass der Abgeordnete auch die jetzt so viel diskutierte Frage des Weiterbestehens der Regierungskoalition mit der SPD anschnitt...

11/1975 Mit einer Frau in den Wahlkampf - **Renate Blank-Aschoff FDP-Bundestagskandidatin**²⁷ für drei Landkreise

rf. Kochel — Wie ein Mann stehen die drei FDP-Kreisverbände Weilheim-Schongau, Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen hinter einer Frau: Auf einer Wahlkreisversammlung in Kochel am See wurde einstimmig beschlossen, dass Renate Blank-Aschoff aus Seeshaupt 1976 bei den Bundestagswahlen im Bundeswahlkreis 212 für die FDP kandidiert.

Dass ihre Nominierung in der Gaststätte „Schmied von Kochel“ stattfand, ist, so die Kandidatin, kein purer Zufall. Die FDP will „mit der gleichen draufgängerischen Unerschrockenheit“, wie jener legendäre Bauernführer gen München, in den Wahlkampf ziehen. Prominente Kontrahenten der 45jährigen Hausfrau sind in den drei Landkreisen Weilheim-Schongau, Garmisch-Partenkirchen und Tölz-Wolfratshausen Franz Josef Strauß (CSU) und Dr. Bayerle (SPD).

Renate Blank-Aschoff, Mutter von fünf Kindern und schon zweifache Großmutter, sieht sich, angesichts der ungleichen Machtverteilung, nicht als eine Jean d'Arc („Ich möchte keine verbrannten Füße bekommen“), sondern eher als eine „Mutter Courage“, die sich auch vor einem Franz Josef Strauß nicht fürchtet, der sich in letzter Zeit nur noch als „Hiobsbotschafter“ betätigt.

Renate Blank-Aschoff wurde 1929 in Berlin als Tochter des Rechtsanwaltes und langjährigen Bundestagsabgeordneten Dr. Albrecht Aschoff geboren. Nach dem Krieg heiratete sie den Patentanwalt Karl Blank. Mit ihrem Sohn und ihren vier Töchtern gestaltete sie beim Bayerischen Fernsehen Kindersendungen. Nachdem die Kinder dem Seeshaupter Elternhaus entwachsen waren, widmete sie sich der Politik. 1972 machte sie den Bundestagswahlkampf an der Seite Josef Ertls mit.

Seit drei Jahren ist Renate Blank-Aschoff Vorsitzende des FDP-Ortsvereins Seeshaupt. Im Oktober 1974 kandidierte sie in ihrem Heimatkreis Weilheim-Schongau als Zweitstimmen-

²⁷ GPT 19.11.1975

kandidatin der FDP für den Bayerischen Landtag. Zu ihren Aktivitäten gehört die kürzlich ins Leben gerufene Nachbarschaftshilfe von Seeshaupt und ihre Tätigkeit als freie Mitarbeiterin bei der Evangelischen Akademie in Tutzing.

06/1976 **FDP will in den Straßenkampf ziehen** - Renate Blank-Aschoff vor Parteifreunden über ihre Ziele²⁸

eb. Kochel — Um die Erst- und Zweitstimmen der Wähler wollen bei der Bundestagswahl die Liberalen des Stimmkreises 212 in gleichem Maße werben. Das beschloss die Versammlung der FDP-Kreisverbände Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen in Kochel.

„Wir Freidemokraten brauchen uns keineswegs in die Ecke drängen lassen“, so Kandidatin Renate Blank-Aschoff, „wir können mit Stolz auf die Leistungen unserer Minister Genscher, Ertl und Friderichs in der Regierung hinweisen.“

Die Direktkandidatin will ihren Wahlkampf „nicht mit spitzfindigen Formulierungen, hohlen Phrasen oder philosophischen Abhandlungen“ führen: „Es gibt genügend Probleme, die den Bürger interessieren, wie die Frage nach Wichtigkeit und Möglichkeit eines Studiums oder der Arbeitsplätze für junge Menschen, die Frage nach dem Schulstress, nach Agrarpolitik und Gesundheitswesen.“ Und es sei sicher oft nützlicher, mit einer jungen Ehefrau über Haushaltsgeldsorgen zu reden, meinte die erfahrene Hausfrau und Mutter von fünf Kindern, als Vorträge über Parteiideologien zu halten.

Nicht nur weil die FDP im Wahlkreis nicht über die selben finanziellen Mittel wie die konkurrierenden Parteien verfüge, sondern aus Überzeugung will Renate Blank-Aschoff in den „Straßenkampf“ ziehen: „Ich will mich jeder Diskussion stellen.“ Der Schrei nach dem starken Mann sei verfehlt, so die Kandidatin weiter, ihrer Meinung nach seien Probleme mit sachlichen Argumenten besser zu lösen als mit Macht und Gewalt.

Freilich ließ die „resolute, junggebliebene Großmutter Blank-Aschoff“, wie sie jüngst von einer Frauenzeitschrift titulierte, keinen Zweifel darüber, dass sie sich ihrer Haut zu wehren wisse und dass sie auch aggressiv sein kann: „Aber man kann auch angenehm aggressiv sein“, versicherte sie ihren Parteifreunden.

²⁸ GPT 16.06.1976

07/1976 **Führungswechsel im Wahljahr - FDP im Landkreis verjüngt sich** - Für Carl Rall nun A. J. Strauß und H. Wettermann²⁹

eb. Garmisch-Partenkirchen — Mitten im Wahljahr hat die FDP bei ihrem örtlichen Kreisverband und dem Ortsverband Garmisch-Partenkirchen „die Pferde gewechselt“: Carl Rall, der bisher Vorsitzender beider Organisationen war, trat zurück. Nachfolger als Kreisvorsitzender wurde Anton J. Strauß, als Ortsvorsitzender Hans Wettermann. Gemeinderat Dr. Otto, der lange Jahre der örtlichen FDP vorstand, ist nur noch Beisitzer im Ortsverband.

Die Entscheidung fiel bei einer Kreisversammlung im Hotel „Vier Jahreszeiten“, wo turnusmäßig Neuwahlen anstanden. Als Vertreter des Bezirksverbandes nahmen Vorsitzender MdL Wolf, Dietrich Großer und Heinz Maitre teil.

Als Kreisvorsitzender bedauerte Carl Rall in seinem Rückblick die „optische“ Abnahme an Mitgliedern durch Wegzug bzw. bei aufgenommenen Kurgästen durch deren Übergabe an die Verbände ihrer Heimatorte. Kämpferisch rief Rall die Mitglieder zu einem Bundestags-Wahlkampf mit allen Kräften auf. Ein Zusammengehen mit der CSU sei unmöglich, betonte er, man solle bei dem ehrlichen Partner bleiben, mit dem man liberale Politik habe durchsetzen können. Mit der CDU/CSU als Koalitionspartner habe man wesentlich schlechtere Erfahrungen gemacht. Den „Rechtsaußen“ der CDU und CSU und ihrer „demagogischen“ Wahlkampfführung sei die Erkenntnis zu danken, wer bei diesen Parteien das Sagen hat und welchen Stellenwert die „Gemäßigten“ haben. „Wir haben dadurch schnell gelernt, wohin wir nicht wollen.“

MdL Großer dankte Carl Rall für die langjährige Führung im Kreisverband; als Pensionist werde er sich hoffentlich noch mehr der Parteiarbeit widmen können, was Rall auch versprach. Grasser würdigte die Schwierigkeit eines Wahlkampfes, dessen Arbeit bei der FDP auf nur wenige Schultern verteilt werden müsse. Die Aktivität der Mitglieder müsse entfacht, - der politischen Verteufelung des Gegners entgegengetreten und die Auseinandersetzung versachlicht werden.

Der bisherige Kreisvorstand wurde einstimmig entlastet, Rall trat zurück, um Jüngeren Platz zu machen. Einstimmig wurde als Nachfolger Dipl.-Ing. Anton J. Strauß gewählt, ebenso als die Stellvertreter Carl Rall und Joachim Gießler (Murnau). Ferner: Schatzmeister Uwe Bothe, Schriftführer Josef Leister; Beisitzer: Heinz Dieter von Brocke (Mittenwald) und Hans Resenberger (Grainau), Kassenprüfer Ursula Netzer und Helmut Krüger; Delegierte zum Landesparteitag: Anton Strauß, Ingeborg Burger (Grainau) und Werner Blank, letzterer auch als Mitglied des Bezirks-Hauptausschusses.

²⁹ GPT 16.07.1976

Bei der gleichen Versammlung wurde auch der Ortsvorstand neu gewählt. Wolfgang Rall legte aus persönlichen und beruflichen Gründen nach zweijähriger Amtszeit den Vorsitz nieder; zum Nachfolger wurde einstimmig Hotelier Hans Wettermann (40) gewählt, ebenso als 2. Vorsitzender Werner Blank. Ferner: 1. Beisitzer Dr. Ernst Otto; 2. Beisitzer Ursula Netzer; Schatzmeister und Schriftführer Marga Haßlinger. Wie bisher trifft sich die FDP jeden Mittwoch um 20 Uhr im Hotel „Vier Jahreszeiten

09/1976 „Verwaltung schafft Sachzwänge - und Politiker kriegen Prügel“ - FDP-Kreisverband gegen **Verwaltungstaktik bei Wasser und Müll**³⁰

ao. Garmisch-Partenkirchen — Müllverbrennung wie Wasserentzug aus dem Loisachtal haben — so gegensätzlicher Natur sie auch sind — nach Meinung des FDP-Kreisverbandes eines gemeinsam: In beiden Fällen versucht man von verantwortlicher Seite, vollendete Tatsachen zu schaffen, ohne den Abschluss des vorgeschriebenen, rechtlichen Weges abzuwarten.

Beide Themen standen im Mittelpunkt eines Informationsabends, zu dem der Kreisverband Mitglieder wie auch die Öffentlichkeit ins Hotel „Vier Jahreszeiten“ eingeladen hatte. Dazu konnte Vorsitzender Anton Strauß den Sprecher der Liberalen für Umweltschutz-Politik im Landtag, Wolf Dieter Großer, die FDP-Kandidatin des hiesigen Wahlkreises, Renate Blank-Aschoff, sowie die Kreisräte Dr. Ernst Otto und Carl Rall begrüßen.

Zu Beginn seines Referates wies Großer auf die Notwendigkeit des Informationsflusses von den Kreisverbänden zu den Abgeordneten hin und kritisierte hart das „Gießkannenprinzip“ staatlicher Förderung, das zu einem Konkurrenzdenken unter den Gemeinden geführt habe:

„In jeder Gemeinde entstanden Hallenbäder, was insofern verständlich erscheinen mag, als sich die Kommunalväter Denkmäler errichten wollen. Doch angesichts der Tatsache, dass ein Bad nur dann unterm Strich mit plus minus Null abschließen kann, wenn dafür auch ein Hinterland mit 30 000 Einwohnern vorhanden ist, muss solches Tun mehr als verwundern!“

Bedenklich nannte Großer die Planung der Müllverbrennungsanlage bei Eschenloher. Nicht genug damit, dass hier im Gegensatz zu gängigen Erfahrungen eine großräumige Lösung übergangen worden sei, habe man mit der Verbrennung eine Beseitigung der Müllberge ins Auge gefasst, die die risikoreichste, teuerste und umweltfeindlichste sei.

³⁰ GPT 02.09.1976

Die Praxis solcher Anlagen habe außerdem gezeigt, dass die Ofenkapazität in der Regel nur etwa zu zwei Dritteln genutzt werden könne, da die Roste durch Schlacke verklebt würden. Hinzu komme noch, dass auch seitens der Schlacke-Deponie große Gefahren drohten mit der Auswaschung der Salze etc. (Dr. Otto).

Kreisrat Carl Rall ging in der folgenden Diskussion auf dieses Problem ein und kritisierte das Vorgehen des Landkreises, die Öfen bereits bestellt zu haben und laufend Geldmittel in den Kreishaushalten für diese Anlage einzuplanen, obwohl noch nicht einmal ein Kreistagsbeschluss vorliege, der als einziger „Grünes Licht“ für solche Aktivitäten geben könne.

Rall weiter: „Hier ist einiges faul, und ich freue mich schon auf die Sondersitzung im Herbst, bei der dieses Problem vor das Kreisgremium kommt!“

In diesem Zusammenhang versprach er, zusammen mit seinem Parteifreund Dr. Ernst Otto den Vorschlag von Kreisrat Arthur von Poschinger (CSU) zu unterstützen, der auf seinem Grund dem Landkreis eine Deponie-Möglichkeit angeboten habe, die mindestens für sieben Jahre reiche. Die FDP übrigens ist, das klang an diesem Abend mehrmals deutlich an, strikter Gegner der Verbrennung und sähe lieber („in einer Zeit der Rohstoffverknappung“) die Deponie.

Zielscheibe harter Vorwürfe war auch der geplante Wasserentzug der Stadt München aus dem Loisachtal, der zu einem „reinen Politikum“ herabgewürdigt worden sei. Dazu Wolf Dietrich Großer, der aus Oberschleißheim kommt und deshalb „die Situation recht gut beurteilen kann“:

„München und die Landesregierung arbeiten ganz offensichtlich Hand in Hand. Denn wie sonst wäre es zu erklären, dass der Großflughafen München II nach Erding kommen soll, in ein Gebiet, das über bestes Wasser verfügt. Dass damit das Wasser kaputt gemacht wird, liegt auf der Hand. Also bleibt nur mehr das Loisachtal übrig.“

Nach seiner Meinung könne daraus folgender Schluss gezogen werden: Die CSU wolle bei den Kommunalwahlen 1978 den Oberbürgermeister der Stadt stellen. Also bemühe sie sich über ihre Minister einerseits, den Flughafen Riem nach Erding zu verlegen, und andererseits, das Wasser aus dem Loisachtal gen München fließen zu lassen. Mit beiden „Erfolgen“ könne sie dann wohlgerüstet in den Wahlkampf eintreten . . .

In der anschließenden, lebhaften Diskussion, bei der es unter anderem auch um den Standpunkt der Partei zu beiden Problemkreisen ging, wurde noch bedauert, dass die Politiker zunehmend zum Spielball der Verwaltung“ würden, wie die Frage nach dem Wasser und dem Müll zunehmend beweise. „Die Verwaltung schafft Sachzwänge, und der Politiker kriegt dafür von den Bürgern die Prügel...“

09/1976 **Schluss mit den Unwahrheiten!** - Von Renate Blank-Aschoff. FDP³¹

Die lautstarken Kreuzzügler für Freiheit statt/oder Sozialismus mögen uns doch nun endlich einmal Ross und Reiter nennen. Aus Liebe zu Deutschland. Wo wurden in den letzten sieben Jahren Freiheiten in unserem Lande eingeschränkt, oder abgebaut? Das Gegenteil ist der Fall! Es wurden u. a. Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus ergriffen, um die Grundfreiheiten der Menschen zu sichern und zu erhalten.

Man nenne uns doch auch einmal sozialistische Gesetze der letzten sieben Jahre. Im Gegenteil, die Freiheit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz wurden gesetzlich ausgebaut und verankert. Mitbestimmung und Mitverantwortung sind Grundrechte des Menschen, eingebunden in Pflichten, die der arbeitende Mensch als Selbstverständlichkeit anerkennt.

Haben wir vergessen, dass Strauß uns als Finanzminister 66/69 über fünf Milliarden Steuererhöhungen bescherte? Ist es nicht so, dass Strauß damals mit Brandt und Wehner auf der Regierungsbank saß und glaubte, zum Wohle unseres Landes vorteilhafte Politik machen zu können. Was soll das dumme Gerede vom Steigbügelhalter des Sozialismus?

Hier sitzt die Opposition im Glashaus und wird auch nach dem 3. Oktober dort sitzen. Müssen unsere „Starpolitiker“ heute aus ihrer Haut schlüpfen, um in eine andere hineinzuschlüpfen? Das ist doch Kohl, liebe Freunde, und wir als Volk sollten uns nicht verkohlen lassen! Verjünglicht und neue Brille machen doch aus dem langen Helmut nicht über Nacht einen erfahrenen Staatsmann. Das unverfrorene, unwahre Propaganda-geschwätz der Opposition wird doch im Wahlkampf nicht Wahrheit und politische Weisheit.

Was soll, im Zusammenhang mit den Fernsehdiskussionen, die Polemik, „der Kanzler kneift“? Wir sind kein Zweiparteienstaat. Alle im Parlament vertretenen Parteien müssen in der Diskussion auf dem Bildschirm zu Worte kommen. Das überzogene Rechtsgewinde der Herren Strauß, Filbinger, Carstens, Dregger und Jaeger muss doch einem Volk, reich an tragischen Erfahrungen, Magenkrämpfe bescheren.

Sahen die jungen Kreuzzügler keine andere Möglichkeit, gegen die schändliche Mauer zu protestieren? Vor 15 Jahren, unter einer reinen CDU/CSU- Regierung, wären flammende Proteste und Demonstrationen nötig und angebracht gewesen. Die Teilung unseres Volkes ist das Resultat des zweiten Weltkrieges. Provokation an der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt führt zur Konfrontation. Strauß (neuerdings Historiker) sollte wissen: Schluss mit dieser „Entspannung“ bedeutet „Krieg“. Wir Freien Demokraten wissen, warum

³¹ GPT 14.09.1976

wir Nein sagen zu diesen entarteten politischen Vorstellungen des CSU-Vorsitzenden. Wir verzichten nicht auf die Vernunft und das politische Augenmaß, und eben darum wird unsere Nation nicht vor der Geschichte versagen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich bin sicher, die Geschicke unseres Landes werden auch nach dem 3. Oktober in den erfahrenen und bewährten Händen sozial-liberaler Politiker liegen. Sie sollten sich daher von Niemandem und durch nichts verunsichern lassen. Panikmache und Lüge sind schlechte politische Ratgeber.

09/1976 „**Europa muss geschlossen wirken**“ - Bundesminister Ertl bedauert³²

cb Garmisch-Partenkirchen — Bundesminister Josef Ertl und die Direktkandidaten der FDP, Renate Blank-Aschoff, wurden durch den stellvertretenden Kreisvorsitzenden Carl Rall bei einer Bürger-Fragestunde im Hotel „Vier Jahreszeiten“ vor zahlreichem Publikum herzlich begrüßt.

In einem Kurzreferat beleuchtete der Bundesminister vor allem die aktuellen EG-Probleme und die Situation auf dem europäischen Agrarmarkt. Er bedauerte vor allem auch die Polarisierung unter den großen Parteien im Wahlkampf. Persönliche Verunglimpfungen lehne er jedoch ab, weil er allen drei Bundestagsparteien unterstelle, dass sie für Deutschland das beste wollen.

Im Anschluss daran stellte sich Frau Blank-Aschoff vor und umriss ihre Vorstellungen auf schulischem und sozialem Sektor sowie in Wohnungsbau, bei der Altenbetreuung und schließlich als Fernziel die Sozialversicherung für die „Nur- Hausfrau“.

Bei der Diskussion erläuterte Josef Ertl die Agrarpolitik und gab offen zu, dass es immer wieder Rückschläge geben werde, vor allem dann, wenn in einem Land wirtschaftliche Spannungen auftreten. Europa könne jedoch als dritter Block neben der UdSSR und den USA andererseits nur überleben, wenn seine technologische und wirtschaftliche Kraft, hinter der 300 Millionen Menschen stehen, geschlossen wirke. Die Kräfte der „Dritten Welt“ würden bis zum Jahre 2000 auch soweit sein, dass sie sich mit Europa wirtschaftlich hart auseinandersetzen könnten.

Von den bei der Fragestunde anwesenden Gewerbetreibenden wurde dann beanstandet, dass viele Arbeitslose ihnen zugewiesene Arbeitsplätze als nicht zumutbar ablehnen, beziehungsweise den Arbeitsantritt verzögern. In diesem Zusammenhang wurden härtere staatli-

³² GPT 22.09.1976

che Maßnahmen gefordert. Der Bundesminister bestätigte, dass auf diesem Sektor nicht alles so gelaufen sei, wie man es sich vorgestellt habe. Er erklärte auch, dass im sozialen Bereich die Grenze der Belastbarkeit erreicht sei.

In der Bundesrepublik sei die Preisstabilität noch am besten und man müsse der Landwirtschaft zugestehen, dass sie an der allgemeinen Kosten- und Preisentwicklung teilnehme. Dass Dürre und andere nicht kalkulierbare Ereignisse Engpässe nach sich zögen, sei nicht zu verhindern, jedoch könnten auch dabei durch die staatliche Vorratshaltung übertriebene Preisaufrübe abgefangen werden, wie es bereits erfolgreich geschehen se

09/1977 **Appell an Maihofer**³³

Garmisch-Partenkirchen (eb) — „Entrüstet und besorgt“ hat der Ortsverband der FDP jetzt an Bundesinnenminister Werner Maihofer von der eigenen Partei appelliert, energischer gegen Terrorismus vorzugehen.

In dem vom Ortsvorsitzenden Hans Wettermann unterzeichneten Schreiben werden mit Nachdruck Taten statt „sprachlicher Verrenkungen der Regierung“ bezüglich Terroristenbekämpfung gefordert. Nur mit Verschärfung der Rechtsmittel könne „diesen Verbrechern und Mördern“ entgegengetreten werden. „Wir erwarten ein der Situation angemessenes Handeln.“

11/1977 Stimme der Parteien: **Werdenfelser FDP setzt ihre Ziele**³⁴

Garmisch-Partenkirchen (eb) — In der gut besuchten Oktober-Kreisversammlung der Werdenfelser FDP (Garmisch-Partenkirchen, Murnau, Mittenwald, Grainau) im Hotel „Vier Jahreszeiten“ wurden folgende Themen erörtert: Diskussion der Gemeinderats- und Kreistagsli-sten; Kläranlage im Loisachtal; 380 kV- Starkstromleitung durchs Isartal; Auto-bahnbau und Umgehungsstraßen.

Mit das wichtigste Thema war das Vorstellen eines Grundsatzpapiers, mit dem die Werdenfelser FDP ihren politischen Standpunkt auch auf kommunaler Ebene der Öffentlichkeit darlegen will. Es enthält ein Bekenntnis zum „Liberalismus der ausgewogenen Mitte“, grenzt ab gegen den Sozialismus und verteidigt die persönliche Freiheit des einzelnen Bürgers.

³³ GPT 27.09.1977

³⁴ GPT 18.11.1977

01/1978 **Wettermann führt FDP-Liste an**³⁵ - Liberale stellen 15 Kandidaten für Gemeinderat im Kreisort

Garmisch-Partenkirchen (eb) — „Die FDP im Kreisort will auch weiterhin eine unabhängige liberale Linie vertreten“, das wurde als Leitlinie für den Ortsverband unterstrichen, der jetzt seine 15 Kandidaten für die Gemeinderatswahl im März vorstellte. Auf Platz 1 der Liste wurde mit großer Mehrheit der Ortsvorsitzende, Hotelier Hans Wettermann, gewählt.

Bei der Nominierungsversammlung hatte Wettermann begrüßt, und Werner Blank hielt als 2. Vorsitzender Rückschau. Er dankte den anwesenden Mitgliedern der gutbesuchten Versammlung für die geleistete Arbeit im letzten Jahr und gab seiner Freude Ausdruck, dass es bei der FDP in Garmisch-Partenkirchen aufwärtsgehe und man zuversichtlich in die Zukunft schauen könne.

Eines der wichtigsten Ziele der hiesigen FDP sei es, die beruflichen und gewerblichen Möglichkeiten, ganz besonders für die Jugend des Ortes, zu verbessern und auszubauen, ohne die einmalig schöne Landschaft, das wichtigste natürliche Kapital von Garmisch-Partenkirchen, zu beeinträchtigen. Stärker wolle die FDP die Interessen des mittelständischen Gewerbes und des hiesigen Schlüsselgewerbes — Hotellerie und Gastronomie — vertreten.

Mit großer Mehrheit wurde dann Hans Wettermann auf Platz 1 der Liste gewählt. Es folgen Anton Strauß, Dipl.-Ing., Uwe Bothe, Immobilien, Marga Haßlinger, Hausfrau, Philipp Kröner, Bau-Ing., Valerie Reichel, Lehrerin, Herbert Arndt, kfm. Angestellter, Heinz Schmidt, Hotelier, Ottilie Wagner, kfm. Angestellte, Frau Inselsberger-Henze, Journalistin, Ursula Netzer, Direktions-Assis., Helmut Krüger, Steuerberater, Richard Hertl, Kfm., Erich Stegmann, Kfm., Carl Rall, Oberamtsrat i. R

02/1978 **FDP mit verjüngter Liste in die Kommunalwahl** - 50 Kandidaten für den Kreistag nominiert — Rall auf Platz eins³⁶

Garmisch-Partenkirchen (eb) — Der FDP-Kreisverband hatte seine Mitglieder zur Aufstellung, der Kandidaten für den Kreistag in das Hotel „Boddenberg“ geladen. Kreisvorsitzender

³⁵ GPT 03.01.1978

³⁶ GPT 11.02.1978

Dipl.-Ing. Anton Strauß begrüßte die vielen Anwesenden und stellte erfreut fest, dass durch den großen Zuwachs an Mitgliedern die Werdenfelser FDP heuer eine Liste mit 50 Kandidaten leicht aufstellen könne. Erfreulicherweise seien unter den neuen Mitgliedern sehr viele jüngere Leute.

Die meisten Neuzugänge konnten Murnau und Seehausen verbuchen, gefolgt von Mittenwald. Nach vorher getroffener Vereinbarung wurden die Listenplätze abwechselnd von den einzelnen Ortsverbänden besetzt, so dass in etwa Chancengleichheit erzielt wurde.

Angeführt wird die Liste wieder von Kreisrat Carl Rall, der über langjährige Erfahrung im Kreistag verfügt und sich nun stark den Problemen des Landkreises widmen kann, nachdem er in den Ruhestand gegangen ist. Er werde sich nach wie vor darum bemühen, die Wasserentnahme durch die Landeshauptstadt München zu verhindern und eine andere Müllbeseitigung zu erreichen, als die in Eschenlohe geplante. Die Plätze zwei, drei und vier haben die Ortsvorsitzenden von Murnau, Mittenwald und Grainau inne.

Die Kreistagsliste der FDP: 1. Carl Rall, Garmisch-Partenkirchen; 2. Joachim Gießler, Murnau; 3. Heinz-Dieter von Brocke, Mittenwald; 4. Bruno Janke, Grainau; 5. Werner Blank, Garmisch-Partenkirchen; Robert Holzheuer, Mittenwald; 7. Diethelm Haedicke, Murnau; 8. Josef Zistl, Grainau; 9. Hans Westermann, Garmisch-Partenkirchen; 10. Gerhard Schön, Seehausen; 11. Hans-Jörg Zwez, Mittenwald; 12. Hans Resenberger, Grainau; 13. Anton Strauß, Garmisch-Partenkirchen; 14. Karl Bathow, Murnau; 15. Ingeborg Roßbach, Mittenwald; 16. Johanna Resenberger, Grainau; 17. Marga Haßlinger, Garmisch-Partenkirchen; 18. Adolf Brunner, Murnau; 19. Werner Schulz, Mittenwald; 20. Klaus Franke, Grainau; 21. Philipp Kröner, Garmisch-Partenkirchen; 22. Rosemarie Stoß, Seehausen; 23. Otto Kuchler, Mittenwald; 24. Fritz Rothfuß, Grainau; 25. Valerie Reichel, Garmisch-Partenkirchen; 26. Clemens Link, Murnau; 27. Hildegard Birkholz, Mittenwald; 28. Herbert Arndt, Garmisch-Partenkirchen; 29. Ottilie Wagner, Garmisch-Partenkirchen; 30. Martha Wilm, Murnau; 31. Karl Toppel, Mittenwald; 32. Uwe Bothe, Garmisch-Partenkirchen; 33. Heinz Schmidt, Garmisch-Partenkirchen; 34. Ursula Hädicke, Murnau; 35. Edith Krüger, Wallgau; 36. Ursula Netzer, Garmisch-Partenkirchen; 37. Adolf Gabler, Seehausen; 38. Wilhelm Kirchner, Murnau; 39. Erich Baumhauer, Garmisch-Partenkirchen; 40. Inge Burger, Murnau; 41. Richard Hertl, Garmisch-Partenkirchen; 42. Gerda Kirchner, Murnau; 43. Christa Henze, Garmisch-Partenkirchen; 44. Otto Bartmuß, Murnau; 45. Dr. Burgdörfer, Murnau; 46. Ingeborg Sauter, Mittenwald; 47. Friedl Feder, Seehausen-Riedhausen; 48. Helmut Krüger, Garmisch-Partenkirchen; 49. Gisela Linke, Murnau; 50. Dagmar Strauß, Garmisch-Partenkirchen

02/1978 **Vorstoß für Leistungszentrum** bei Bundesminister Maihofer - FDP-Vertretung informiert den Gast auch zu Schanzenumbau³⁷

Garmisch-Partenkirchen (eb) — Während seines Aufenthaltes anlässlich der Ski-WM stattete der besonders sportfreundliche und für Sport zuständige Bundesinnenminister Prof. Werner Maihofer auch der Werdenfelser FDP einen Besuch ab. Der Ortsvorsitzende der FDP, Hotelier Hans Wettermann, begrüßte den hohen Gast in seinem Hause zum Weißwurstfrühstück.

In einem sehr engagierten Kurzreferat begründete der Minister die enorme Bedeutung der Förderung des Spitzensportes durch den Bund, zu der sich die FDP frühzeitig bekannt habe. Die Erfolge seien insbesondere in diesen Tagen unbestreitbar.

Alpiner und nordischer Skilauf, Eiskunstlauf und Hallenhandball würden wiederum einen Sog auf den Breitensport ausüben, wie es beispielsweise beim Eishockey und Radsport deutlich zu erkennen war. Auch würde der Hobbysport, z. B. Tennis und Reiten, künftig mehr im Vordergrund stehen als bisher. Der Sport in allen Variationen könne im Werdenfelser Land einen noch bedeutenderen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung auszuüben.

Für die Urlaubs- und Freizeitwünsche, so der Minister weiter, müsse man naturgemäß die entsprechenden Sportanlagen und -Veranstaltungen im Werdenfelser Land ideal zu verwirklichen suchen. Verkehrsplanung und Gastronomie müssten in dieses Konzept einbezogen werden.

Auf den dringend notwendigen Umbau der Olympia-Sprungschanze hin angesprochen, stellte Bundesminister Maihofer und der für das Sportressort zuständige Ministerialdirektor großzügige Hilfe des Bundes für einen schnellen FIS-gerechten Ausbau in Aussicht. Entscheidend seien das Vorlegen einer raschen, gründlichen und fundierten Planung, sowie sachliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Skiverband, um an einem Strang zu ziehen.

Die Frage von Kreisrat Carl Rall nach einem Ski-Leistungszentrum beantwortete Prof. Maihofer mit grundsätzlicher Unterstützung derartiger Einrichtungen und dem Hinweis auf die hier entscheidenden Verantwortlichkeiten des Skiverbandes. Er empfahl dem Kreisvorstand der FDP, ihm einen diesbezüglichen Vorschlag zu übersenden.

06/1978 **Neuwahlen beim FDP-Kreisverband** - „Unsere Politik verständlich machen“³⁸

³⁷ GPT 10.02.1978

³⁸ GPT 15.06.1978

Garmisch-Partenkirchen (ea) — Die Kreis-FDP will sich in Zukunft voll dafür einsetzen, den Verband mit ihren Ortsverbänden zu festigen und dazu beitragen, das Bemühen der Partei um liberale Politik der Bevölkerung verständlicher zu machen.

Dies betonte bei der Mitgliederversammlung der neugewählte Kreisvorsitzende Diethelm Haedicke, Murnau. Weiter wurden dabei gewählt zu Stellvertretern Heinz-Dieter vom Brocke, Mittenwald, und Carl Rall aus Garmisch-Partenkirchen. Schatzmeister wurde Marga Haßlinger aus Garmisch-Partenkirchen, Schriftführerin Ingeborg Burger, Murnau.

Der Dank des neugewählten Vorsitzenden galt dann seinem Vorgänger Anton Strauß, der sich nicht mehr zur Wahl stellte, sowie der gesamten Vorstandschaft.

Wie Haedicke weiter monierte, würden die Rechte der Bürger zunehmend durch immer dichter werdende staatliche Reglementierung beschnitten. Hier sei es an der Zeit, der Gesetzesmaschinerie Einhalt zu gebieten, falls der Bürger nicht restlos verplant und gleichgerichtet werden soll. Sonst drohe am Ende, dass er nurmehr eine Datennummer sei.

Gleichzeitig müsse aber auch der zunehmenden Unsitte der politischen Verteufelung entgegengetreten werden. Dabei gehe es, so Haedicke weiter, nicht an, dass die CSU im Streben nach immer mehr Macht unbequeme Kritiker aus taktischen Gründen abqualifiziere, sie dabei entweder dem sozialistischen Lager oder dem Kreis der Terror-Sympathisanten zuordne. Die Bemühungen jener Partei in diese Richtung lassen, laut Haedicke, den Schluss zu, dass die CSU Staatspartei werden wolle.

Haedicke nannte dann das herausragende Ziel einer bayerischen FDP: den Alleinvertretungsanspruch einer Partei abbauen, damit die politische Landschaft sich wieder demokratisch beleben könne.

Im Zusammenhang mit der Wahl der Vorstandschaft wurde auch erstmals ein Kreishauptausschuss gebildet: Kreisrat Karl Bathow, Murnau, Joachim Gießler, Riegsee, Robert Holzheuer, Mittenwald, Hans Resenberger, Grainau, Gerhard Schön, Seehausen, und Hans Wettermann aus Garmisch-Partenkirchen.

06/1978 **Für die Frauen – Landtags- und Bezirkstagswahl 1978**³⁹

Gisela Weber aus Bad Tölz wurde als Direktkandidat (Stimmkreiskandidat) gewählt, für den Listenplatz kandidiert Carl Rall aus Garmisch-Partenkirchen.

³⁹ GPT 21.06.1978

Mit Gisela Weber aus Bad Tölz stellt die FDP einen Stimmkreiskandidaten vor, der sich besonders für die Anliegen der Frau einsetzen will. Die FDP sieht in Gisela Weber die geeignete Repräsentantin, die sich sowohl gegen den Ausverkauf der Heimat, gegen die Verwässerung gewachsener örtlicher Strukturen, gegen Auswüchse im Regional-Programm als auch für gesellschaftspolitische Probleme einsetzt.

Mit der Nominierung von Gisela Weber will die Werdenfelser FDP ein Zeichen dafür setzen, dass in der Politik auch Frauen ihren Platz einzunehmen haben und dies auch können. Politik dürfe nicht länger nur eine Angelegenheit für Männer sein.

09/1978 FDP-Vorsitzender und Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher**⁴⁰ spricht am 13.10.1978 in Garmisch-Partenkirchen auf dem Richard-Strauss-Platz.

10/1978 „Kritische und wachsame Opposition“⁴¹

Zu den bevorstehenden Landtags-Wahlen gibt die Heimatzeitung den Kandidaten der bereits im Landtag vertretenen Parteien die Möglichkeit, sich in Kolumnen zu äußern. Heute schreibt **Gisela Weber, die Landtagskandidatin der FDP:**

„Am 15. Oktober wird der Bayerische Landtag gewählt. Seine wichtigste Aufgabe, nämlich die Kontrolle der Regierung, wird durch die Übermacht der CSU fast wirkungslos gemacht. Darum gilt es, die kritische und wachsame Opposition der FDP zu stärken. Nur durch mehr Liberale im Landtag kann einer Entwicklung in Richtung auf eine völlige Gleichschaltung von Partei, Regierung und Parlament begegnet werden. Die bayerische FDP ist daher die einzige Alternative für alle Wählerinnen und Wähler, die in Bayern weder einen CSU-Einparteienstaat noch eine sozialistische Politik roter oder grüner Prägung wollen.“

Wir Liberalen wollen in Bayern keine Weltpolitik machen, sondern Landespolitik für Uns alle. Dazu gehören die sich noch in der Ausbildung Befindlichen genauso selbstverständlich wie die im Erwerbsleben Tätigen und diejenigen, die von ihrer selbst hart erarbeiteten Rente oder Pension leben. Dazu gehören aber auch diejenigen, die unserer besonderen Fürsorge bedürfen, nämlich Kranke, Einsame und Benachteiligte.

⁴⁰ GPT 22.09.1978

⁴¹ GPT 05.10.1978

Die beruflichen Chancen des Einzelmenschen in unserer Gesellschaft werden weitgehend von seiner Ausbildung bestimmt. Es gibt jedoch in keinem Bundesland so viel Bürokratie an den Schulen und so geringe Rechte der Eltern wie in Bayern. Zudem beschneiden unverantwortliche Klassengrößen, ein harter Ausleseprozess und ein regionales Bildungsgefälle die Entwicklungschancen unserer Kinder und Jugendlichen. Die Lehrer hängen am Gängelband der Kultusbürokratie. Dieser Entwicklung ist im Sinne der von den FDP-Landtagsabgeordneten eingebrachten Gesetzesvorschläge endlich Einheit zu gebieten. Es muss ferner Chancengleichheit in allen Bildungsgängen gewährleistet werden, das heißt, dass in unserer gegenwärtigen Lage auch für die geburtsstarken Jahrgänge eine berufsqualifizierende Ausbildung auf allen Ebenen zu sichern ist. Es müssen auch alle Anstrengungen unternommen werden, aus-reichende Arbeitsplätze besonders für die Jugendlichen zu schaffen, die berufliche Weiterbildung zu fördern und das Bildungsangebot für Frauen, die wieder in das Berufsleben eintreten wollen, zu verstärken.

Gestatten Sie mir bitte zum Schluss noch einen Hinweis zur Wahl selbst: Mit je einem Kreuz auf den beiden kleinen Stimmzetteln geben Sie Ihre Erststimme dem Kandidaten Ihrer Wahl für den Landtag und den Bezirkstag. Es ist jedoch genauso wichtig, dass Sie — wieder mit je einem Kreuz auf den beiden großen Stimmzetteln — Ihre Zweitstimme ebenfalls dem Kandidaten oder der Kandidatin Ihres Vertrauens geben.

10/1978 **Karl Bathow - Bezirkstagskandidat**⁴²

„Proteste gegen Naturzerstörung und Vernachlässigung der Belange der Jugend sind nur dann überzeugend, wenn persönliche Arbeit Alternativen setzt. Darum bemühe ich mich seit vielen Jahren.

Als Kreistags- und Gemeinderatsmitglied der FDP gilt mein besonderes Interesse vor allem dem Naturschutz, der Umweltpflege und der Jugendarbeit. Als Kreisvorstand und Bezirksjugendobmann der Kleintierzüchter betreue ich viele hundert Jugendliche, die über die Tierpflege den Naturschutz lernen. In unserer Kleintierzuchtanlage mit Vereinsheim in Murnau pflegen viele Buben und Mädchen ihre Tiere. Ich selbst arbeite seit 27 Jahren im Tierschutzverein und bin auch Mitarbeiter bei der Vogelschutzwarte Garmisch-Partenkirchen.

Im Gemeinderat in Murnau wurde mir das Jugendreferat übertragen, ferner bin ich Mitglied des Straßen- und Verkehrsausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses. Als Inhaber eines Schlossereibetriebes und engagierter Staatsbürger liegt mir besonders die Stär-

⁴² GPT 05.10.1978

kung der kleinen Betriebe und der Selbständigen am Herzen, die in der gesetzlichen Auflagen- und Verordnungswelle zu ersticken drohen.

Mehr Freiheit und weniger Bürokratie war immer schon eine der wichtigsten Forderungen der FDP.

Im Bezirkstag möchte ich mich besonders für die Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher und für diejenigen Vereine einsetzen, die echte Jugendarbeit leisten.

Die FDP sollte wieder im Landtag und Bezirkstag vertreten sein, da sie es durch ihre sachliche Arbeit in Bayern verdient. Eine allzu starke Mehrheit einer Partei wäre auf Dauer nicht gut für die Demokratie.“

10/1978 **Vizekanzler im Kreisort - Genscher als Wahlkämpfer**⁴³

Garmisch-Partenkirchen (ea) — Die örtliche FDP unternimmt große Anstrengungen zu dieser Wahl. Sie hat mehrere prominente Vertreter ihrer Partei zu Versammlungen gewinnen können. Höhepunkt dabei ist der Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Der Bundesvorsitzende der FDP wird heute, Freitag, um 17 Uhr auf dem Richard-Strauss-Platz des Kreisortes sprechen und zu aktuellen politischen Fragen Stellung nehmen.

Der 51jährige Vizekanzler kommt am Ende eines überaus strapaziösen Arbeitseinsatzes in den Kreisort. Neben seinen zahlreichen Verpflichtungen — bekanntlich sprach er erst kürzlich vor der UNO in New York — hat er schon 100 Wahlveranstaltungen für seine Partei in Hessen und Bayern bestritten.

Nun hofft die örtliche FDP, dass ihr Bundesvorsitzender, trotz bereits angegriffener Stimme, „stimmkräftig“ seine hiesigen Parteifreunde unterstützt.

Hans-Dietrich Genscher braucht man nicht vorzustellen. Der 51jährige, aus dem Saalekreis stammende Jurist, ist seit 1956 in der Bonner Politik. Er wurde Fraktions- und Bundesgeschäftsführer seiner Partei, für die er politische Generalstabsarbeit leistete und ist seit 1965 im Bundestag. Als Bundesinnenminister brachte er auf den Gebieten Umwelt- und Sicherheitspolitik viel in Bewegung. Seit 1974 ist er Außenminister, Vizekanzler und Bundesvorsitzender seiner Partei.

⁴³ GPT 13.10.1978

03/1979 **FDP setzt „Eckpfeiler“ für künftige Arbeit**⁴⁴

Garmisch-Partenkirchen (ea) — Im Anschluss an eine FDP-Bürgerfragestunde im Hotel „Vier Jahreszeiten“ war Landtagsabgeordneter Dr. Puntsch aus Herrsching Gast des Kreisverbands der Partei.

Vorsitzender Dieter Haedicke begrüßte und setzte gleichzeitig folgende „Eckpfeiler“ der Arbeit im Landkreis Garmisch-Partenkirchen: Wintersportleistungszentrum, Jugendbetreuung, Umweltschutz mit den Fragen der Entsorgung, Energie- und Wasserwirtschaft sowie Bewahrung des öko-geologischen Gleichgewichts im Werdenfelser Land.

Dr. Puntsch skizzierte in einem beeindruckenden Referat zunächst seine Lebensdaten: Schwerpunkte des persönlichen Engagements in Partei und Parlament sowie seine Abgeordnetentätigkeit. Danach folgten Impressionen als Landtagsneuling: miserable Arbeitsbedingungen durch zu wenig Arbeitsräume (bis zu 3 Abgeordnete mit Gehilfen in einem 18-qm-Raum); endlose Reden mit wenig konkretem Inhalt durch Abgeordnete und Regierungsmitglieder aus „Profilierungssucht“ vor den Medien; Konfrontation zwischen CSU und SPD auch dort, wo Gemeinsamkeit zum Wohle des Landes erforderlich wäre.

In der folgenden Diskussion kam die Frage auf, ob der politische Anstand vor lauter „Profilneurose“ nicht schon verschüttet sei; Ob der durch zwei sogenannte Volksparteien mittels „Holzhackerparolen“ gebeutelte Bürger noch erkenne, dass in einer Krise nur vernünftig und emotionslos zu handeln ist; dass es keine Vermischung zwischen Exekutive und Legislative geben darf und von Zeit zu Zeit ein parlamentarischer Machtwechsel noch immer segensreich gewesen ist.

Besonders in Grundsatzfragen will sich der freie Schriftsteller Dr. Puntsch künftig zu Wort melden, gleichzeitig aber auch Anwalt von Werdenfelser Interessen im Landtag sein.

11/1979 **FDP eröffnet Bundestagswahlkampf - Politiker-Sohn als Kandidat**⁴⁵

Garmisch-Partenkirchen (eb) — Als erste der drei Bundestags-Parteien hat die FDP jetzt offiziell ihren Direkt-Kandidaten für die Bundestagswahl im Oktober 1980 aufgestellt. Es ist der 36jährige Regionalbeauftragte des FDP-nahen Thomas-Dehler-Instituts, **Enzio von Kühlmann- Stumm aus Bad Kohlgrub**. Bei der Wahlkreisversammlung der Kreisverbände Weilheim-Schongau, Garmisch-Partenkirchen und Landsberg in Weilheim entfielen auf ihn 39 von 40 abgegebenen Stimmen bei einer Enthaltung. Der Kandidat ist der älteste Sohn

⁴⁴ GPT 09.03.1979

⁴⁵ GPT 14.11.1979

des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der FDP im Bundestag, Knuth von Kühlmann-Stumm.

Ehrenbürger der Stadt Landsberg. Der Großvater, Richard von Kühlmann, Diplomat und Außenminister während des 1. Weltkrieges, lebte im Werdenfelser Land. Das von ihm erworbene Gut Jägerhaus bei Bad Kohlgrub gehört heute dem Enkel und wird von ihm im Nebenerwerb bewirtschaftet. Die Verbindung zum Landkreis Weilheim-Schongau geht auf die Zeit zurück, in der das damals säkularisierte Kloster Bernried Wohnsitz der Familie war.

Enzio von Kühlmann-Stumm hat im Landschulheim Schondorf am Ammersee Abitur gemacht und in Landsberg seinen Wehrdienst abgeleistet. In Hamburg, Berlin und München studierte er Rechts- und Politikwissenschaft. Neben seiner Tätigkeit beim Thomas-Dehler-Institut ist er Dozent in der politischen Bildung für Zivildienstleistende und Gewerbetreibende, was oft einen 14-Stunden-Tag mit sich bringt. „Grundsätzlich“ allem anderen vor gehen bei ihm jedoch die Heimspiele des SC Riessersee, dessen Anhänger er seit 20 Jahren ist.

Mit der Politik ist von Kühlmann-Stumm von klein auf in Berührung gekommen. Seine Aufgabe sieht er jedoch vorrangig in der politischen Bildungsarbeit. „In meinem Beruf bin ich in erster Linie der Erhaltung und Festigung der Demokratie und der freiheitlichen Gesellschaftsordnung unseres Landes verpflichtet“, sagte er bei seiner Vorstellung in Weilheim. Für die FDP kandidiere er, „weil der politische Liberalismus die wichtigste geistige Grundlage unserer Staats- und Gesellschaftsordnung ist und weil hier innerparteilich eine menschlich angenehme Atmosphäre herrscht.“

Politische Grundsatzfragen, Wirtschafts- und vor allem Umweltpolitik gehören zu den Schwerpunkten des Kandidaten, der auch Mitglied beim Bund Naturschutz ist. „Die zurzeit populäre Stimmung gegen die 'Schützer' halte ich bei aller berechtigten Kritik an einzelnen überzogenen Forderungen nicht für gerechtfertigt.“ Mit den gemäßigten „Grünen“ verbindet ihn das gleiche Anliegen, in der FDP sieht er jedoch nach wie vor die solidere Basis für dessen Umsetzung.

09/1980 **von Kühlmann-Stumm: keine Alleinherrschaft**⁴⁶

In unserer Reihe „Kandidaten zur Bundestagswahl“ hat heute FDP-Bewerber Enzio von Kühlmann-Stumm mit seinem dritten Beitrag das Wort. Er schreibt:

⁴⁶ GPT 24.09.1980

„Liebe Mitbürger! Der Wahltag rückt näher. Ohne die FDP wird es nach dem 5. Oktober entweder eine absolute Mehrheit für Strauß oder eine absolute Mehrheit der SPD geben. Nach meiner festen Überzeugung wäre das eine wie das andere das Ende einer Politik der Mitte und der Kontinuität, wie sie die FDP in einer Koalitionsregierung garantiert. Die FDP hat die entscheidenden Weichenstellungen der Nachkriegszeit ermöglicht. Mit der Union die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft, die Westintegration und die europäische Einigung, mit der SPD die Ostpolitik und eine weitblickende und erfolgreiche Politik gegenüber der Dritten Welt Sie hat zwei Bundespräsidenten gestellt. Sie stellt in diesen Tagen den ersten deutschen Präsidenten einer UN- Vollversammlung. In ihm dokumentiert sich das gewachsene internationale Ansehen unseres Landes (die Union stimmte gegen den UNO-Beitritt, mit ihr säßen wir dort vielleicht immer noch am Katzentisch). Erhalten Sie diese Partei. Sie bildet die Mitte eines Drei-Parteien-Systems, das sich bewährt hat. Verhindern Sie absolute Mehrheiten und die Alleinherrschaft einer Partei.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Friede, Freiheit und Sicherheit durch eine Regierung Schmidt/Genscher besser garantiert werden als durch Strauß. Ein Mann, der in Landtagswahlkämpfen gestern noch ohne Rücksicht auf Konjunktur und Staatsverschuldung demagogisch riesige Steuersenkungen für 1980 gefordert hat, der im Bundestagswahlkampf heute ebenso demagogisch die gestern offenbar noch unerhebliche Staatsverschuldung anklagt, gleichzeitig aber den Wahlkampf mit unverantwortlichen Versprechungen in der Familien-, Renten- und Steuerpolitik führt, ein solcher Mann ist für mich wirtschaftspolitisch nicht mehr glaubwürdig.

Einem Mann, der sagt, er hatte den Einmarsch in Afghanistan verhindern können, der sagt, dass er in Polen eher gewählt würde als Gierek und der schließlich öffentlich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes eingreift, indem er den polnischen Gewerkschaften Geld gegen die „Machthaber eines bankrotten Regimes“ anbietet, mit denen er als Bundeskanzler vielleicht einmal verhandeln müsste, einem solchen Mann kann ich außenpolitisch nicht vertrauen. Er würde uns Kalten Krieg, Isolierung im Westen und in der Dritten Welt bringen.

Wir sind das exportabhängigste Land der Welt. Eine besonnene und weitblickende Außenpolitik ist für uns eine Existenzfrage. Millionen Arbeitsplätze hängen davon ab. Sie ist bei einer Regierung Schmidt/Genscher in besseren Händen. Diese Regierung hat zudem das historische Verdienst, national wie international entscheidend zur Bewältigung der schwersten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren beigetragen zu haben. „Der Internationale Währungsfonds beglückwünscht die Bevölkerung der Bundesrepublik zu dieser erfolgreichen Wirtschaftspolitik“ — heißt es im letzten Jahresbericht dieses Gremiums internationaler Fachleute. Es ist für mich unbegreiflich, wie angesichts solcher und anderer urteile von Fach-

leuten und angesichts des internationalen Ansehens, das diese Regierung gerade wirtschaftspolitisch genießt, die Angriffe der Opposition bei uns überhaupt auf Resonanz stoßen konnten.

Zum Hirtenwort: Ich glaube, dass für unsere Kinder nicht die durch Zukunftsinvestitionen in doppelter Höhe abgedeckte zweitniedrigste Staatsverschuldung der Welt, sondern Umweltzerstörung und Raubbau an der Natur als Schöpfung die entscheidenden Belastungen sind. Dazu findet sich dort kein Wort. Weil die Union hier nicht gut aussieht?

Die FDP will die Fortsetzung dieser Regierung. Die sicherste Stimme für die Fortsetzung der Regierung, gegen eine absolute Mehrheit der SPD und gegen Strauß ist diesmal die Zweitstimme für die FDP.“

08/1980 **FDP-Vorstand in altbewährter Besetzung**⁴⁷ - Dieter Haedicke wieder Kreisvorsitzender - Ehrung verdienter Mitglieder

Der Kreisvorsitzende der Werdenfeler FDP, Dieter Haedicke, ehrte die verdienten Parteifreunde Erich Stegmann, Carl Rall und Eugen Kagel (von links) für 25 Jahre Mitgliedschaft und Mitarbeit.

Murnau/Garmisch-Partenkirchen (eb) - Die erfolgreiche Arbeit des Kreisvorsitzenden Dieter Haedicke, Murnau, wurde auf der Versammlung der Werdenfeler FDP gewürdigt. Die Liberalen wählten den Murnauer Ortsvorsitzenden im Partenkirchner Gasthof Zum Rassen erneut für zwei Jahre zu ihrem Vorsitzenden.

Mit Dieter Haedicke wurde auch der übrige Vorstand wiedergewählt: Kreisrat Carl Rall, Garmisch-Partenkirchen, und Heinz-Dieter vom Brocke, Mittenwald, als gleichberechtigte Stellvertreter; Marga Haßlinger als Schatzmeisterin. Die Ortsvorsitzenden von Garmisch-Partenkirchen, Gemeinderat Hans Wettermann, und Mittenwald, Hans Jörg Zwez, sowie Bundestagskandidat Enzio von Kühlmann-Stumm, Bad Kohlgrub, fungieren künftig als Beisitzer. In seinem Rechenschaftsbericht konnte der Vorstand auf eine zwar knappe, aber solide Finanzlage verweisen. Die beachtliche Steigerung des Stimmenanteils für die FDP im Landkreis Garmisch-Partenkirchen anlässlich der Landtagswahl lässt hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, und man ist überzeugt, diesen Trend durch vernünftige und bürgernahe Aktivitäten weiter ausbauen zu können.

FDP-Bundestagskandidat Enzio von Kühlmann-Stumm sprach dann in einem Grundsatzreferat über die aktuelle Situation der Partei und über Grundlagen liberaler Politik. Die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen sei ein „Alarmzeichen zur rechten Zeit“ gewesen, das viele

⁴⁷ KB 20.08.1980

zum Umdenken veranlasst habe. In Meinungsumfragen liege die FDP zwar jetzt bei acht Prozent, sie müsse in diesem bisher schwersten und wichtigsten Wahlkampf jedoch unverändert um jede Stimme kämpfen, da Umfragen sich schon oft als fragwürdig erwiesen hätten. Nach wie vor stehe das Drei-Parteien-System auf dem Spiel, das unserem Land in der Nachkriegszeit sozialen Frieden und Sicherheit garantiert habe. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Englands könnten sonst sehr bald auch ihren Einzug bei uns nehmen. Ohne FDP drohe entweder die absolute Mehrheit für einen Kanzler Strauß oder eine absolute Mehrheit für die SPD. Ersteres fürchte gewiss niemand mehr als Bundeskanzler Helmut Schmidt. Enzio von Kühlmann-Stummweiter: „Über die Wahlentscheidung des Bundeskanzlers kann man schon jetzt eine ziemlich sichere Vermutung aussprechen: Helmut Schmidt wird diesmal FDP wählen!“ Ohne FDP wäre die Nachkriegsgeschichte anders verlaufen. Ohne Genscher wäre die Fortsetzung dieser Politik nicht garantiert.

Die Liberalen seien lange vor den großen Parteien die erste große Volkspartei gewesen. Ihre politischen Prinzipien leiten sich Kühlmann-Stumm zufolge historisch aus dem christlichen Naturrecht her. Christentum und Liberalismus wiesen zahlreiche Gemeinsamkeiten aus. Der Kampf um die Durchsetzung liberaler Prinzipien habe mit dem Kampf um die Religionsfreiheit begonnen. Freiheit bedeute für die FDP nicht Bindungslosigkeit, sondern eigenverantwortliche Bindung an als richtig erkannte Werte und Ordnungsvorstellungen. Selbstverantwortung sei deshalb mehr noch als Freiheit der liberale Leitbegriff. Die FDP sei heute die Partei des aufgeschlossenen Bürgertums, das sich nicht an konservative Positionen klammere, sondern selbstbewusst für einen bürgerlich-freiheitlichen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus eintrete. Enzio von Kühlmann-Stumm: „Unser Ziel ist eine Ordnung, die nach innen und außen überzeugt. Nach innen der Jugend gegenüber, nach außen als Beispiel für die Kräfte im Ostblock und in der dritten Welt, die eine freiheitliche und sozial gerechte Ordnung anstreben.“

Besonders hob der FDP-Bundestagskandidat die Eigenständigkeit der FDP hervor. Von der Union unterscheide man sich in den wesentlichen Fragen der Außen-, Bildungs-, Rechts- und Familienpolitik, zudem in den Fragen des politischen Stils. Gegenüber der SPD bestünden erhebliche Differenzen in der Wirtschafts-, Steuer- und Gesellschaftspolitik, insbesondere bei den Fragen Mitbestimmung, Aussperrung und 35-Stunden-Woche. Trotz dieser Differenzen habe man in fairer Partnerschaft im Interesse des Landes erfolgreich zusammengearbeitet und wolle diese Zusammenarbeit in einem neuen Regierungsbündnis Schmidt/Genscher fortsetzen.

Garmisch-Partenkirchen (ea) — Der FDP-Kreisvorstand zog 100 Tage nach der Bundestagswahl eine erste Bilanz. Sehr kritisch verglich man die Aussagen aller Parteien vor dem Urnengang mit dem derzeitigen Zustand der politischen Landschaft. Die Entwicklung habe der FDP recht gegeben.

Der Unionskandidat Strauß hätte tatsächlich „gestoppt“ werden müssen. In der Zeit ab der Wahlniederlage habe er weder selbstkritische Lernfähigkeit noch Führungsqualitäten bewiesen. Er bleibe weiterhin nun der große Warner, der letztlich von Kohl doch wieder ins zweite Glied gestellt worden sei: Mehr und mehr zeige sich, dass Strauß seine bundes- und weltpolitischen Ambitionen nicht mit der Alltagsarbeit, z. B. eines Ministerpräsidenten vereinen könne. Von seiner eigenen Fraktion im Landtag derzeit oft attackiert, im programmatischen Bereich wiederholt scharf kritisiert, stehe Strauß zurzeit ganz schön „im Regen“.

Auch die Richtigkeit des zweiten Slogans „Schmidt gegen seine Linken stützen“, sehen die Werdenfelser Liberalen als bestätigt. Was derzeit die Linken in der SPD böten, stimme äußerst bedenklich. Einsparungsforderungen in Milliardenhöhe am Verteidigungshaushalt, kaum mehr verhüllte Gewerkschaftsverlangen nach staatlicher Investitionsförderung (sprich Verstaatlichung), der Fall „Hansen“ und die widersprüchlichen Beschlüsse zu Brokdorf sprächen für sich.

Dieser Koalitionspartner sei nicht gestärkt, sondern eher verunsichert aus der Wahlschlacht gegangen. Richtig sei demnach auch die Wahlaussage gewesen, die FDP als stabilisierende Kraft der Mitte zu wählen.

Nicht ausgespart blieben die Vorgänge in Berlin. Den dortigen FDP-Mandatsträgern und Verantwortlichen dürfe der harte Vorwurf nicht erspart bleiben, sich allzu willig in den „SPD-Filz“ hineingezogen lassen zu haben. Die dortigen Parteifreunde hätten schon früher Konsequenzen ziehen sollen, wurde geäußert.

Die Diskussion des FDP-Kreisvorstandes unter seinem Vorsitzende Haedicke Schloss in der Feststellung: Der gestärkte Junior (FDP) müsse derzeit für den in die Enge geratenen Senior (SPD) vermehrt Regierungsgeschäfte besorgen. So sage Genscher z. B. klar' „nein“, wenn an der Verteidigungsbereitschaft gespart werden soll, und Graf Lambsdorff bekenne sehr offen in der Haushaltsdebatte, dass der Lebensstandard nicht mehr steigen könne.

Jetzt hätten sich wieder alte deutsche Tugenden zu beweisen: Disziplin, intelligente Arbeitsleistung, Vertrauen in sich selbst, damit die weltweiten politischen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen mutig angepackt und gemeistert werden könnten.

⁴⁸ GPT 16.02.1981

Spekulationen über einen Koalitionswechsel seien verfrüht und entsprächen nicht der Wahlaussage und dem Wählerwillen. Man habe hinter Schmidt zu stehen. Dies schließe jedoch nicht aus, falls die Koalitionsgrundlagen sich veränderten, eine andere Wahlaussage für 1984 zu begrüßen.

03/1982 **Jedem sein Anteil an der Gesamtwirtschaft**⁴⁹

Garmisch-Partenkirchen (pg) - Durch eigentumspolitische nahmen will der Kreisverband der FDP die Ursachen der Wirtschaftskrise der Bundesrepublik angehen.

Landtagskandidat Helfried Credé große Schwierigkeiten, denn Gewerkschaften und Unternehmer müssten dazu ja ihr bisheriges Rollenspiel weitgehendst aufgeben. Dennoch ist dies nach Ansicht des Politikers - der einzige Weg, um nachhaltige Einkommenssicherung zu erreichen: Auf diese Weise müsse über Jahrzehnte hinweg eine Gesellschaft von Anteilseignern geschaffen werden. Gelingen dies nicht, seien große soziale und wirtschaftliche Probleme die Folge.

Die derzeitige Gesamtlage, so Credé, gebe zu größter Besorgnis Anlass. Ein Ende der Misere am Arbeitsmarkt sei nicht in Sicht, und es gebe auch keinen Weg, diese Entwicklung mittel- oder gar kurzfristig zurückzuschrauben.

Verschärfend wirke besonders der wachsende „Geldhunger des Staates“, der die Kapitalmärkte stark beanspruche und die Zinsen nach oben treibe. Neben einer übermäßigen Steigerung der öffentlichen Ausgaben, besonders in den siebziger Jahren, sieht der FDP-Landtagskandidat stärker werdende Bürokratisierung und Aufblähung des Verwaltungsapparates als Ursachen an. Auf längere Sicht müssten deshalb grundsätzlich neue Wege in Richtung Entbürokratisierung beschritten werden.

Credé spart auch nicht mit **Kritik an der Bonner Regierungskoalition**: Er könne es, so behauptet er, mit seinem Selbstverständnis als Kandidat einer politischen Partei nicht vereinbaren über persönliche Überzeugungen hinwegzugehen und negative Entwicklungen abzustreiten. Die Bundesregierung jedenfalls unterstreiche den Zustand durch geringe Handlungsfähigkeit und ständige Kursänderungen. In der Wirtschaft wisse man nicht, was die Regierung eigentlich wolle und womit auch nur kurzfristig gesehen zu rechnen sei.

Die großen Parteiblöcke der SPD und CDU/CSU seien zudem in ihren wirtschaftstheoretischen Betrachtungen ideologisch festgefahren und würden — wie die Praxis beweise — fal-

⁴⁹ GPT 25.03.1982

schen Auf-fassungen nachhängen. Ohne grundsätzliche Veränderungen der bisherigen Wege aber könne die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht erhalten werden. Die Zeit wachsender Märkte sei inzwischen vorbei und der Wettbewerb zwingt zur Rationalisierung und Automatisierung. Die Arbeitslosigkeit und damit die Belastungen für Staat und Gesellschaft schreite voran und die, so Credé wörtlich, „eher simplen Denkmodelle der Gewerkschaften und einiger Politiker, die auf eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit hinauslaufen, sind für sich alleine keine Lösung.“

Neben diesen politischen Ursachen existierten eine Reihe von grundsätzlichen Problemen, die mit den Mitteln der klassischen Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht mehr zu lösen seien. In diesem Zusammenhang ging Credé auf die **begrenzte Konsumfähigkeit der Bürger** ein: Auch bei den Gütern, die ausschließlich für den menschlichen Ge- und Verbrauch bestimmt seien, gebe es eine Wachstumsgrenze, die ihre Ursachen seiner Ansicht nach in der nicht unendlich großen Kaufkraft und -bereitschaft der Konsumenten habe. Schon jetzt sei in vielen Bereichen — etwa im Haushalt — eine weitgehende Marktsättigung erreicht, die auch durch noch so aufwendige Konjunkturprogramme nicht mehr aufgehoben werden könne.

Hinzu käme, dass die Zeit der großen Neuerungen und Erfindungen inzwischen vorbei wäre: Die wichtigsten Ziele der technischen Entwicklung, die für eine breite Schicht interessant sind, seien erreicht; mit dieser Situation müsse man leben und nachdenken, wie die dadurch anstehenden Probleme gelöst werden könnten. Hier liegt nach Credé Auffassung eine Schlüsselrolle der Freien Demokraten.

09/1982 **Der FDP-Kreisverband begrüßt die „Wende“⁵⁰** - „Solide Wirtschaft Garant für die Zukunft“

Partenkirchen (ea) — Koalitionsauflösung in Bonn - der FDP-Kreisverband hat eine Erklärung herausgegeben, in der er diese „Wende“ ausdrücklich begrüßt. Immerhin hat der FDP-Kreisverband zusammen mit Landtagskandidat Helfried Credé schon vor einiger Zeit in einem vielbeachteten „Offenen Brief“ die Auflösung der sozialliberalen Koalition gefordert. „In und wirtschaftlich Zeiten“, so Kreisvorsitzender Dieter Haedicke damals, „wird eine starke, in sich nicht zerstrittene Regierung benötigt, die sich auf ein breites Wählervotum stützt“.

„Die Freien Demokraten“, so Haedicke jetzt, „haben nun eine Wende herbeigeführt, doch darf man sich deshalb nicht auf die „politische Brust“ klopfen. Die Wende ist zwar da, aber

⁵⁰ GPT 00.09.1982

sehr spät. Schon vor Jahren hätte die FDP-Führung die Gelegenheit gehabt, sich gegen Fehlentwicklungen bei der Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik zu stemmen“.

Das Ausufer des Sozialstaates und das Bieten von Gelegenheiten, Sozialleistungen vermeintlich kostenlos in Anspruch nehmen zu können, hat nach Ansicht des FDP-Kreisverbandes hauptsächlich zu dem Finanzdebakel beigetragen. Es gelte jetzt, und sei es noch so unpopulär, den volks-wirtschaftlichen Konsum abbauen zu helfen, und dafür verstärkt die Produktivität und Investition zu fördern. Nicht der Ausbau des sozialen Netzes, sondern eine solide Wirtschaft und gesunde Staatsfinanzen seien der Garant für die Zukunft.

Wörtlich erklärt Dieter Haedicke: „An und für sich müssten, bevor über eine neue Koalition in Bonn verhandelt wird, Neuwahlen zum Bundestag stattfinden. Dies wäre guter demokratischer Stil. Weil Wahlen jedoch aus technischen Gründen nicht umgehend erfolgen können, auf der anderen Seite aber zwei unaufschiebbare Aufgaben anstehen, die den Lebensnerv des Staates betreffen, muss eine vom Wähler nicht bestätigte Übergangs-Koalition in Kauf genommen werden: In erster Linie gilt es jetzt, Haushalt für 1983 aufzustellen und zu verabschieden, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit einzuleiten. Beides hängt eng miteinander zusammen!“

Wenn der Haushalt die Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft, wie der damit zusammenhängenden Arbeitsplatzbeschaffung geleitet seien, habe sich die sofort dem schicksalsschweren Wählervotum zu stellen, auch auf die Gefahr hin, aus dem Bundes-Parlament herausgewählt zu werden.

Die Koalitionsauflösung Bonn sei, so Haedicke und Credé, gewiss für viele bisherige FDP-Wähler ein Schock, aber so soll es in Bonn nicht weitergehen können: „Wir appellieren an Sympathisanten unserer Partei, ihr in diesen schweren Wochen das Vertrauen nicht zu entziehen.“

12/1982 **Enzio von Kühlmann-Stumm will glaubwürdig bleiben!**⁵¹

Garmisch-Partenkirchen (eb) — Der Wahlkreiskandidat der FDP bei den Bundestagswahlen 1980, Enzio von Kühlmann-Stumm aus Bad Kohlgrub, steht bei den angekündigten Bundestagswahlen am 6. März 1983 für eine erneute Kandidatur nicht mehr zur Verfügung.

Kühlmann-Stumm, der der Politik seiner Partei in den letzten Monaten kritisch gegenübersteht, hatte den Verzicht auf die Kandidatur bereits vor der bayerischen Landtagswahl im Oktober erklärt, bei der er für die FDP im Wahlkreis Weilheim-Schongau kandidierte.

⁵¹ GPT 06.12.1982

„Man kann sich nicht 1980 für eine sozialliberale Regierung bis 1984 einsetzen und zwei Jahre später für eine andere, wenn man persönlich glaubwürdig bleiben will“, heißt es in seiner damaligen Erklärung. Kühlmann-Stumm machte ferner deutlich, dass dies für jemand wie ihn, der sich so lange und umfassend mit Politik befasst habe, kein leichter Schritt sei.

02/1983 **„Die SPD ist ein unbezahlbarer Luxus“ - Helfried Credé (FDP):**⁵²

„Nun zieht er durch die Lande, Wanderprediger Hans-Jochen Vogel. Den Wählern verspricht er, die heile Welt aus der Blütezeit der sozial-liberalen Koalition wieder herzustellen.

Mit salbungsvoller Stimme wird den Mietern vorgemacht, die SPD habe das Rezept dafür, wie bei weiterhin möglichst geringen Mieten möglichst viele Wohnungen gebaut werden können. Dabei bekämpft sie im Ergebnis dasselbe Gesetz, das sie im Sommer 1982 mit so viel Begeisterung unter die Leute bringen wollte. Mit der Raketenabrüstung treibt sie dasselbe Spiel wie der vom früheren Bundesminister so heftig verteidigte NATO-Doppelbeschluss ist nun letztlich ein Teufelswerk und wird auf Wandplakaten zum Wahnsinn“ gemacht.

Den Arbeitslosen ist angeblich mit weiteren Milliardenschulden beizukommen. Der von Sozialdemokraten erzwungene Ruin der Rentenfinanzen wird nun der neuen Koalition in die Schuhe geschoben und soll über Anhebung der Beiträge — zu Lasten der Arbeitnehmer — aus der Welt geschafft werden. Den Unternehmen will man die kostentreibende 35-Stunden-Woche aufzwingen, was bei der gegenwärtigen auch internationalen Wettbewerbslage nicht bezahlbar ist.

Diese SPD, innerhalb deren Helmut Schmidt nicht nur wegen angegriffener Gesundheit längst in der Versenkung verschwunden ist, hat nichts zu bieten außer den alten Rezepten, die uns wirtschafts- und finanzpolitisch in die Irre geführt haben. Politische Rattenfängerei könnte man so etwas nennen, jedenfalls drängt sich das auf, wenn man den nach Ton und Inhalt unerträglichen Versprechungen von Hans-Jochen Vogel zuhört.“

04/1984 Warnung an die Gesamtpartei – **„Nicht gelungen, Bonner Politik Bürgern verständlich zu machen“**⁵³

⁵² GPT 11.02.1983

⁵³ GPT 27.04.1984

Partenkirchen (ea) In einer kritischen Wahlanalyse hat die Kreis-FDP Konsequenzen aus der Wahlniederlage angekündigt. Wie berichtet, wurde von den Liberalen der Rückgang des Stimmenanteils von fünf auf drei Prozent „als eine in dieser Höhe unerwartete Niederlage“ gewertet. Als einer der wesentlichsten Gründe dafür nannte Vorsitzender Dieter Haedicke die erstmalige Beteiligung der Freien Wählergemeinschaft Garmisch-Partenkirchen und der Grünen.

Pech allerdings war laut Haedicke auch im Spiel: Nur 0,05 Prozent (= 1170 Stimmen) habe den Liberalen für das 2. Kreistagsmandat gefehlt. In Zahlen ausgedrückt: Für einen Sitz im Kreistag waren 35 875 Stimmen erforderlich, die FDP erhielt 70 580; die 34 705 Reststimmen gingen also verloren.

Wie der Kreisvorsitzende hervorhob, habe nicht die Partei, sondern die Kandidaten die meisten Stimmen gebracht. Im Gegensatz zur CSU und der SPD, bei denen der Anteil der Kandidatenstimmen gegenüber denen der Liste um 34 Prozent liege, sei der bei den Liberalen über 60 Prozent. Dies soll jetzt, so forderte die Kreisversammlung, der Gesamtpartei „warnend“ aufgezeigt werden, „da zweifelsohne nicht gelungen ist, die Bonner FDP-Politik den Bürgern verständlich zu vermitteln.“

11/1967 **LNV – Liberale Nationale Volkspartei**⁵⁴

Versammlung im Bayernstüberl wurde ein Ortsverband des LNV gegründet – bereits auf Bundesebene bestehende Partei – Vorsitzender Josef Ketzler (München)

Vorstandschaft in Garmisch-Partenkirchen: **Hans Biersack**, (Diplomvolkswirt) Frau **Else Muth-Lehmann** (Schriftführerin und Presse), Gerhard Göschel – von Bundes- und Landesebene ermächtigt bis zur Durchführung von ordentlichen Wahlen – Muth-Lehmann wurde von der Landesleitung beauftragt, für das Land Bayern die politischen Frauenfragen zu vertreten

⁵⁴ GPT 02.11.1967